

Das Zentrum und die Deutsch-hannoversche Partei im Hildesheimer Reichstagswahlkreis

Von Hans-Georg Aschoff

1. Die Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867

Als der preußische König Wilhelm I. am 17. August 1866 vor dem Landtag in Berlin seinen Entschluß verkünden ließ, das Königreich Hannover zusammen mit dem Kurfürstentum Hessen, dem Großherzogtum Hessen-Nassau und der Freien Reichsstadt Frankfurt dem preußischen Staatsverband einzugliedern, und als die Eingliederung dieser Staaten durch das Annexionsgesetz vom 20. September 1866 verfassungsrechtlich verankert wurde, hatte sich in der preußischen Staatsleitung der Standpunkt Bismarcks gegenüber erheblichen Bedenken des Königs durchgesetzt. Der preußische Ministerpräsident sah in den Annexionen eine staatliche und nationale Notwendigkeit; sie rundeten das Staatsgebiet Preußens durch die Verbindung der Ostprovinzen mit dem Rheinland ab und erleichterten den Abschluß des kleindeutschen Einigungsprozesses durch die Stärkung der preußischen Machtgrundlage und die Ausschaltung von Mittelstaaten, in denen ein ausgeprägtes Souveränitätsbewußtsein und eine proösterreichische Haltung vorherrschte¹.

Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit war 1866 die Gründung des Norddeutschen Bundes gewesen, der bundesstaatlichen Vereinigung der nördlich des Mains gelegenen deutschen Staaten unter Preußen als Führungsmacht. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes sollte auf einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der Einzelstaaten und einem verfassungsgebenden Norddeutschen Reichstag beruhen². Die Wahlen zu diesem Konstituierenden Reichstag wurden auf den 12. Februar 1867 festgesetzt. Ihnen lag das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zugrunde; außerdem galt das Mehrheitswahlrecht, was bedeutete, daß in den einzelnen Wahlkreisen nur der Kandidat mit der absolu-

ten Mehrheit der Stimmen das Mandat gewann (Hauptwahl); erreichte bei mehr als zwei Kandidaten keiner die absolute Mehrheit, so fiel in einem zweiten Wahlgang (Stichwahl) die Entscheidung zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen. Dieses Wahlsystem begünstigte bei den Stichwahlen Absprachen zwischen den einzelnen Parteileitungen eines Wahlkreises und ließ der Person des Kandidaten besondere Bedeutung zukommen.

In der preußischen Provinz Hannover, die das Gebiet des ehemaligen Königreiches umfaßte und die in 19 Wahlkreise eingeteilt war, erhielten die Reichstagswahlen in einem besonderen Maße einen demonstrativen Charakter, weil ihr Ergebnis als „Volksentscheid“ für oder gegen die von Preußen 1866 geschaffenen politischen Zustände, vor allem für oder gegen die Annexion ausgelegt werden konnte. Im Zusammenhang mit den Wahlen bildete sich in der Provinz ein parteipolitischer Dualismus aus, der in Ansätzen schon in die Zeit des Königreiches zurückging³. Ein Teil der Wähler entschied sich für die Nationalliberale Partei,

1 W. Frauendienst, *Das Jahr 1866 — Preußens Sieg die Vorstufe des Deutschen Reiches* (Historisch-politische Hefte der Ranke-Gesellschaft, H. 20), Göttingen 1966; H. Philippi, *Preußen und die braunschweigische Thronfolgefrage 1866—1913*, Hildesheim 1966.

2 E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 3, Stuttgart 1970, S. 555 ff.

3 Über das Königreich Hannover: W. v. Hassell, *Geschichte des Königreichs Hannover*, 3 Bde., Bremen-Leipzig 1898/1901; E. Pitz, *Deutschland und Hannover im Jahre 1866*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 38, 1966, S. 86—158. Über die Entstehung der Parteien in Hannover: M. Busch, *Das Übergangsjahr in Hannover*, Leipzig 1867, S. 80 ff.; I. Flathmann, *Die Reichstagswahlen in der Provinz Hannover 1867—1896*, Hannover 1897; R. Leinert, *Die Reichstagswahl-Ergebnisse der Provinz Hannover 1867—1907*, Hannover 1911; W. Leffler, *Ursachen und Anfänge der Deutsch-hannoverschen (welfischen) Bewegung 1866—1870*, Phil. Diss. Rostock 1932; B. Ehrenfeuchter, *Politische Willensbildung in Niedersachsen zur Zeit des Kaiserreichs*, Phil. Diss. Göttingen 1952 (Masch.schr.); H. Prilop, *Die Vorabstimmung in Hannover 1924. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Phil. Diss. Hamburg 1954 (Masch.schr.); G. Franz, *Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949*, Bremen-Horn 1957; E. B. Buckley, *The Guelph Movement in Imperial Germany 1866—1918*, Phil. Diss. Ohio State University, 1969 (Masch.schr.); H. Barmeyer, *Annexion und Assimilation. Zwei Phasen preußischer Staatsbildung, dargestellt am Beispiel Hannovers nach 1866*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 45, 1973, S. 303 ff.; S. A. Stehlin,

die unter der Führung Rudolf von Bennigsens und des Osnabrücker Oberbürgermeisters Johannes Miquel stand. Eine Reihe der führenden hannoverschen Nationalliberalen hatte dem 1859 gegründeten „Nationalverein“ angehört, der sich für die deutsche Einigung unter preußischer Führung einsetzte. Der Verein hatte in Hannover starken Widerhall gefunden, weil man unter einer preußischen Führungsmacht, die vom Liberalismus geprägt wurde, auch eine Liberalisierung der politischen Zustände Hannovers erwartete. Zur Zeit der Gründung des Nationalvereins hatte die Reaktion unter dem letzten hannoverschen König Georg V. und dessen Innenminister Wilhelm von Borries ihren Höhepunkt erreicht. Das Scheitern von Liberalisierungsmaßnahmen im Königreich trug dazu bei, daß sich ein Teil der hannoverschen Liberalen mit der Annexion Hannovers abfand und sich Bismarck und seiner Politik zuwandte.

Von den Nationalliberalen setzte sich eine politische Richtung ab, die eine äußerst heterogene Anhänger-schaft aufwies. Unzufriedenheit mit der neuen Staatsordnung, aber auch Abneigung gegen die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Nationalliberalen führte diese Gruppierung zusammen; sie umfaßte Großdeutsche, Konservative, Arbeiter der Richtung Lassalles, Katholiken, vor allem aber die „Partikularisten“ oder „Welfen“, wie sie von ihren Gegnern genannt wurden. Die Welfen — ihr Name erinnerte an die hannoversche Dynastie — lehnten die Annexion Hannovers ab und sahen ihr politisches Ideal in der Wiederherstellung des Königreiches. Sie waren die wichtigsten Träger der Oppositionsbewegung und setzten sich aus dem hannoverschen Adel, einem großen Teil der hannoverschen Beamtenschaft, der orthodoxen lutherischen Geistlichkeit, weiten Kreisen der Handwerkerschaft und der ländlichen Bevölkerung zusammen; ihr Hauptstützpunkt lag in den altwelfischen Stammlanden. Konservative und legitimistische Gesinnung, Anhänglichkeit an die einheimische Dynastie, Furcht vor Entlassung aus dem Staatsdienst, vor verstärktem Steuerdruck und wirtschaftlicher Konkurrenz, Abneigung gegen die in Preußen herrschende dreijährige Wehrpflicht waren ebenso Gründe für die Ablehnung der Annexion und für die Opposition gegen die preußische Regierung wie die Maßnahmen des Polizeiregimentes während des Übergangs- oder Diktaturjahres 1866/67; diese Maßnahmen bestanden in der drakonischen Unterdrückung von Unruhen, der Verhaftung prominenter Hannoveraner, in rüdem Vorgehen gegen das alte hannoversche Königshaus

und in Versuchen, das hannoversche Steuer- und Justizwesen dem preußischen anzupassen.

Eine ähnliche Funktion, wie sie der Nationalverein für die Nationalliberalen hatte, erfüllte im Vorfeld der Wahlen der „Deutsche Reformverein“ für die Oppositionsbewegung, indem er das politische Bewußtsein stärkte und einen Ansatzpunkt für die Wahlagitation bildete. Der Reformverein, in manchen Gebieten auch Großdeutscher Verein genannt, war im Oktober 1862 in Frankfurt am Main gegründet worden, der hannoversche Zweig wurde zwei Monate danach ins Leben gerufen⁴. Das wichtigste Ziel des Vereins bestand in der Abwehr der vom Nationalverein unterstützten preußisch-kleindeutschen Hegemonialpolitik. Wegen unterschiedlicher politischer Richtungen gelang es dem Reformverein nicht, ein konstruktives Programm aufzustellen; den gemeinsamen Nenner bildeten das Festhalten an großdeutschen Vorstellungen, die Lehre von der deutschen Trias — dem Gleichgewicht zwischen Österreich, Preußen und den deutschen Mittelstaaten in einem Staatenbund — sowie das Bemühen um eine Reform des Deutschen Bundes, die die Einheit und Macht der Nation sicherte.

Für das Zusammengehen der Katholiken, die ungefähr ein Siebtel der hannoverschen Bevölkerung ausmachten, mit der welfischen Oppositionsbewegung waren Gründe bestimmend wie ihre großdeutsche Orientierung und Anhänglichkeit an das welfische Königshaus, das vor allem nach 1848 durch eine umsichtige Politik den Integrationsprozeß der katholischen Bevölkerung in den mehrheitlich protestantischen Staat entscheidend gefördert hatte⁵. Da die Katholiken, die nach 1866 bei Wahlen größtenteils einheitlich auftraten, nur im Reichstagswahlkreis III (Meppen-Lingen-Bentheim) aufgrund einer sicheren

Bismarck and the Guelph Problem 1866—1890, Den Haag 1973; H.-G. Aschoff, Die welfische Bewegung und die Deutsch-hannoversche Partei zwischen 1866 und 1914, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 53, 1981 (im Druck). H. Oncken, Rudolf von Bennigsen, ein deutscher liberaler Politiker, 2 Bde., Stuttgart 1910; W. Mommsen, Johannes Miquel, Stuttgart 1928; H. Herzfeld, Johannes von Miquel, 2 Bde., Detmold 1938.

⁴ Vgl. W. Real, Der Deutsche Reformverein, Lübeck-Hamburg 1966.

⁵ Vgl. H.-G. Aschoff, Das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche im Königreich Hannover (1813—1866), Hildesheim 1976.

Majorität ihrem Kandidaten zum Sieg verhelfen konnten, war ihr Anschluß an die welfische Bewegung auch aus wahltaktischen Gründen notwendig. In einigen hannoverschen Wahlkreisen (IV Osnabrück; V Melle-Diepholz; X Hildesheim; XII Göttingen-Duderstadt) stellten sie eine beachtliche Minorität dar, mußten sich aber nach Verbündeten umschaun, um Einfluß auf den Wahlausgang ausüben zu können. In diesen Wahlkreisen gab es zu der Verbindung mit den Welfen keine Alternative; denn ein Zusammengehen mit der anderen großen parteipolitischen Gruppierung, den Nationalliberalen, war ausgeschlossen, weil deren kirchen- und kulturpolitische Vorstellungen als kirchenfeindlich angesehen wurden. Wichtige politische Ziele, die Welfen und Katholiken verbanden, waren der Ausbau des Föderalismus und die Abwehr von staatlichen Säkularisierungsbestrebungen hauptsächlich im Bereich der Schule und der Ehegesetzgebung. Zu den hannoverschen Wahlbezirken, in denen das Bündnis von Katholiken und Welfen Bedeutung erlangte, gehörte auch der Wahlkreis X⁶. Dieser Wahlkreis setzte sich aus Gebietsteilen des ehemaligen Fürstbistums Hildesheim zusammen, das erst seit dem Wiener Kongreß (1813/14) dem Königreich Hannover eingegliedert worden war, und umfaßte die Stadt Hildesheim sowie die Kreise Hildesheim-Land, Marienburg, Gronau und Alfeld. Der Wahlbezirk war konfessionell nicht einheitlich; 30 Prozent seiner Bewohner waren katholisch. Die katholische Bevölkerung verteilte sich jedoch ungleichmäßig. In der Stadt Hildesheim machten die Katholiken ein Drittel der Einwohnerschaft aus; der Landkreis war zur Hälfte katholisch; im nördlichen Teil des Kreises Marienburg, dem Amt Marienburg, betrug der katholische Bevölkerungsanteil 70 Prozent, im südlich gelegenen Amt Bockenem nur 12 Prozent; einen ähnlich geringen katholischen Prozentanteil wiesen die Kreise Gronau und Alfeld auf. In der Stadt Hildesheim herrschten in den Jahren nach der Annexion Handwerk und Handel vor; industrielle Unternehmen waren nur in ersten Ansätzen vorhanden. Sonst wurde der Wahlkreis, der inmitten des sich am Nordrand der Mittelgebirge vom Calenberger Land bis zur Magdeburger Börde erstreckenden fruchtbaren Lößbodenstreifens lag, von der Landwirtschaft geprägt. Vor allem in den Kreisen Hildesheim und Gronau hatte sich ein wirtschaftlich leistungsfähiges und politisch selbstbewußtes Bauerntum entwickelt. Eine industrielle Entwicklung setzte verstärkt gegen Ende des Jahrhunderts in Hildesheim und der Gegend um Alfeld und Gronau ein.

Diese politischen, konfessionellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten wirkten sich bei Reichstagswahlen neben traditionellem Wahlverhalten aus. Schon zur Zeit des Königreiches Hannover war die Stadt Hildesheim ein Stützpunkt des oppositionellen Liberalismus gewesen. Ein ausgeprägtes regionales Bewußtsein, die Überzeugung von einer Vernachlässigung der wirtschaftlichen Interessen der Stadt durch die hannoversche Regierung, der Aufstieg der Stadt Hannover, das die alte Bischofsstadt überflügelte, hatten zur Stärkung dieses Liberalismus beigetragen. So waren die Hildesheimer Deputierten in der Zweiten Kammer der Hannoverschen Ständeversammlung nach 1848 durchweg Liberale, von denen der Obergerichtsanwalt Albrecht in einem besonders freundschaftlichen Verhältnis zu Rudolf von Bennigsen stand⁷. Diese liberale, antigouvernementale Tradition wirkte sich 1867 in den Wahlen zum Konstituierenden Norddeutschen Reichstag zugunsten des nationalliberalen Kandidaten im X. hannoverschen Wahlkreis, Hermann Roemer, aus, der das Mandat gewinnen sollte. Roemer⁸, seit 1852 rechtskundiger Senator in Hildesheim, gehörte zu den entschiedenen Liberalen der Stadt. Als Mitglied des während der 1848er Revolution gegründeten radikal-liberalen Volksvereins Hildesheims entwarf er die „demokratischen Forderungen“ der Einwohnerschaft an die Hannoversche Ständeversammlung, verließ jedoch im August 1848 den Volksverein, als dieser sich zu sehr radikalisierte, und gründete den gemäßigtliberalen „Bürgerwehr-Verein“. Als Roemer 1855 vom Wahlkreis Liebenburg in die Hannoversche Ständeversammlung gewählt wurde, schloß er sich der Gruppe um Rudolf von Bennigsen an, war 1859 an der Gründung des Nationalvereins beteiligt und entwarf die Ergebnis-

6 Über den Hildesheimer Wahlkreis: Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 114 ff., 225 ff.; N. Matern, Politische Wahlen in Hildesheim 1848 bis 1867, Phil. Diss. Bonn 1959; R. Wichard, Wahlen in Hildesheim 1867 bis 1972, Hildesheim-New York 1975; A. J. Knott, Im Spannungsfeld nationaler, liberaler und sozialer Ideen. Das Wahlverhalten der Hildesheimer bei den Reichstagswahlen von 1867—1907, in: *Alt-Hildesheim* 49, 1978, S. 58—68; ders., Das Wahlverhalten der Hildesheimer in der Zeit von Bismarck bis Hitler 1867—1933, Hildesheim 1980.

7 Vgl. v. a. Matern (wie Anm. 6); J. Gebauer, Geschichte der Stadt Hildesheim, Bd. 2, Hildesheim-Leipzig 1924, S. 303 ff.

8 Matern (wie Anm. 6), S. 182 f.; W. Roscher, Allgemeine hannoversche Biographie, Bd. 1, Hannover 1912, S. 264—271; R. Zoder, Hermann Roemer, in: *Niedersächsische Lebensbilder*, hg. v. O. H. May, Bd. 3, Hildesheim 1957, S. 202—226.

adresse, die der Magistrat und die Bürgervorsteher Hildesheims am 9. Oktober 1866 nach der Annexion an König Wilhelm I. von Preußen richteten.

Als sich der Wahltermin zum Konstituierenden Reichstag näherte, fanden im Dezember in Hildesheim Unterredungen der dortigen Liberalen über einen Kandidaten für das Parlament statt. Anfangs wollte man Bennigsen aufstellen, weil man sich nur mit ihm Siegeschancen ausrechnete⁹. Bennigsen, der als Mitglied des in Hannover gegründeten „Zentralkomitees der nationalliberalen Partei“ den Wahlkampf in der ganzen Provinz leitete, lehnte die Hildesheimer Kandidatur ab, weil er schon in den Wahlkreisen VIII (Hannover und Linden) und XIX (Otterndorf-Neuhaus-Geestemünde) aufgestellt worden war. Daraufhin wurde Roemer auf einer am 13. Januar 1867 von nationalliberalen Vertrauensleuten aus dem ganzen Wahlkreis besuchten Versammlung zum Kandidaten nominiert¹⁰. Im Wahlkampf wurde er von der „Hildesheimer Allgemeinen Zeitung“ unterstützt, die der Verleger Albert Gerstenberg herausgab und die sich in der Folgezeit zum Organ der Nationalliberalen entwickelte¹¹.

Auch die Welfen hatten in Hannover ein Zentralkomitee gebildet, das unter der Leitung des Regierungsassessors Ernst von Hammerstein-Loxten stand und vor allem die Aufstellung von Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen zu koordinieren versuchte, um eine Aufsplitterung der Stimmen zu vermeiden. Als Mittel für diese Koordination diente die in Hannover erscheinende „Deutsche Volkszeitung“; sie veröffentlichte am 15. Januar 1867 die Kandidatenliste der „Deutschen Partei“; für den Wahlkreis X wurde als Kandidat Alexander Graf von Bennigsen genannt¹².

Mit der Aufstellung Graf Bennigsens, einem Vetter Rudolf von Bennigsen, hatte die Deutsche Partei eine glückliche Wahl getroffen. Bennigsen gehörte zu den angesehensten Politikern Hannovers. Sein Ansehen gründete sich vor allem auf seine Tätigkeit als „Märzminister“ in den Jahren 1848–1850, als er eine Politik gemäßigter Reformen im Königreich Hannover durchgeführt hatte. Nach seiner Ministertätigkeit hatte er 1851–1857 der Ersten Kammer und 1864–1866 der Zweiten Kammer der Hannoverschen Ständeversammlung als Präsident vorgestanden. Unter Innenminister Borries gehörte er zusammen mit Ludwig Windthorst und Alexander von Münchhausen in der Ständeversammlung zu den Führern der Oppo-

sition gegen das Ministerium und dessen reaktionäre, verfassungsverletzende Politik. Aufgrund dieser oppositionellen Stellungnahme herrschte nach der Annexion in strengwelfischen, konservativen Kreisen gegenüber Bennigsen Mißtrauen vor¹³, das zeitweise auch von Georg V. geteilt wurde. Der König bezeichnete Bennigsen als „widerwärtig“ und sah in ihm „alle Eigenschaften des Polen“¹⁴, „bestechend, lebenswürdige äußere Formen, aber im Innern schlechte politische Grundsätze, schwach von Character, indolent, eitel und ehrgeizig“; zusammen mit Windthorst gäbe es „keine größeren Intriguanten“ im Königreich, das „vor der Nähe zweier solcher Judasse“ bewahrt bleiben möge¹⁵. Die „Mittelstellung zwischen Reaktion und Liberalismus“¹⁶, die Bennigsen in hannoverscher Zeit eingenommen hatte und die das harte, sicher ungerechtfertigte Urteil des Königs mitbedingte, ließ ihn 1867 auch Wählerschichten wählbar erscheinen, die bei folgenden Wahlen für den nationalliberalen Kandidaten stimmten¹⁷.

Wahrscheinlich wurde Bennigsens Kandidatur von den Mitgliedern des Großdeutschen Vereins in Hildesheim in die Wege geleitet¹⁸; ein Mitglied des Vereins, der Färbermeister J. L. Gehrcke, war besonders eifrig für Bennigsen tätig. Unterstützung erhielt seine Kandidatur auch von der „Hildesheimschen Zeitung“, die das Sprachrohr der Katholiken in Hildesheim war

9 Roemer an Bennigsen, 11. Dez. 1866, in: H. Oncken (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 19, Anm. 2.

10 Vgl. Matern (wie Anm. 6), S. 151 f.

11 Über das Hildesheimer Zeitungswesen: A. Barth, *Das Zeitungswesen von Hildesheim*, Hildesheim 1929; B. Gerstenberg, *Die Hildesheimer Zeitungsunternehmen und die Spiegelung der städtischen Wirtschaft in den Zeitungen von 1705 bis 1866*, Hildesheim 1972.

12 Alexander Lewin Graf von Bennigsen, geb. 21. Juli 1809 in Zakret (Wilna); gest. 27. Febr. 1893, Banteln. Über Bennigsen: W. v. Hassell (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 537 ff.

13 Vgl. Niedersächsisches Staatsarchiv Osnabrück (Abk.: SAO), Dep. 69 b, 555. Mühlher an Schmidt, o. D. In diesem Brief wurde er als „nicht viel besser als Rudolph“ von Bennigsen bezeichnet.

14 Bennigsen hatte eine polnische Mutter.

15 Georg V. an Königin Marie, 7. Juli 1866, 9. Juli 1866, in: Hannovers Schicksalsjahr 1866 im Briefwechsel König Georgs V. mit Königin Marie, hg. v. G. M. Willis, Hildesheim 1966, S. 46 ff.

16 Huber (wie Anm. 2), Bd. 2, 1968, S. 538, Anm. 8.

17 Vgl. Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 116.

18 1863 hatte der Verein in Hildesheim über 200 Mitglieder. Im gleichen Jahr war Bennigsen schon einmal als Kandidat für die Hannoversche Ständeversammlung von ihm aufgestellt worden (Matern, wie Anm. 6, S. 109 ff.).

und von Joseph Kornacker herausgegeben wurde. Eine Beeinträchtigung erfuhr die Agitation jedoch durch die bis zum Wahltermin andauernde Ungewißheit, ob Bennigsen ein möglicherweise von ihm gewonnenes Mandat überhaupt annehmen werde. Diese Unsicherheit war entstanden, weil Bennigsen selbst in einem an die Öffentlichkeit gelangten Brief geäußert hatte, daß „er jetzt sich noch nicht bestimmt zur Annahme einer Wahl verpflichten“ könne¹⁹. Zwar versuchte die „Hildesheimsche Zeitung“, diese Ungewißheit zu zerstreuen, indem sie Zeugen nannte, denen gegenüber sich Bennigsen positiv ausgesprochen hatte, und indem sie darauf hinwies, daß er in vergangenen Jahren nie im voraus die Verpflichtung zur Annahme einer Wahl eingegangen sei, er die Wahl aber jedesmal angenommen habe²⁰. Dennoch war man sich in der Anhängerschaft Bennigsens bewußt, daß alle Bemühungen vergeblich waren, wenn er nicht „offen und entschieden“ die Annahme der Wahl versichere²¹.

Es ist schwer festzustellen, ob sich die schwankende Haltung Bennigsens entscheidend auf den Wahlausgang ausgewirkt hat. Bereits im ersten Wahlgang erhielt Roemer mit 50,1 Prozent (8749) der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit²²; er stützte sich vor allem auf die Stadt Hildesheim (2065 = 72 %) und auf die Ämter Alfeld und Bockenem; im Amt Marienburg erhielt er knapp 46 Prozent. Auf Bennigsen entfielen im gesamten Wahlkreis 42,8 Prozent (7472); sein Schwerpunkt lag im Amt Hildesheim, wo er fast 70 Prozent der Stimmen erhielt; eindeutige Mehrheiten erzielte er hier in den katholischen Stiftsdörfern, aber auch in einigen evangelischen Gemeinden. Im Amt Marienburg, wo Bennigsen knapp 45 Prozent (1399) erhielt, stimmten die evangelischen Dörfer mehrheitlich für Roemer, die katholischen für Bennigsen. Im Vergleich zu den folgenden Wahlen blieb die Tatsache, daß Bennigsen auch im Amt Gronau die meisten Stimmen erhielt (1431 = 57,9 %), eine Ausnahmeerscheinung; hier wirkte sich der Umstand aus, daß Bennigsen als Rittergutsbesitzer von Banteln im Amt wohnte und gut bekannt war. In den Ämtern Alfeld und Bockenem sowie in der Stadt Hildesheim (634 = 22,1 %) blieben die Stimmen für Bennigsen eindeutig in der Minderheit.

Als dritter Kandidat im Wahlkreis X war Georg Herbert Graf zu Münster aufgestellt worden, der zwar konservativ war, sich aber schnell mit den politischen Veränderungen abfand, so daß er von preußischer Sei-

te neben Roemer als regierungsfreundlich bezeichnet wurde²³. Gegen seine Wahl hätte auch Rudolf von Bennigsen nichts einzuwenden gehabt²⁴. Er erhielt knapp 7 Prozent der Stimmen (1208), die von nationalkonservativen, großbäuerlichen Wählern kamen, für die Roemer im Verdacht demokratischer Tendenzen stand²⁵. Außerdem erzielte Münster einen hohen Stimmenanteil in den Ortschaften um Derneburg, wo sich sein Wohnsitz befand. Bereits diese erste Wahl zum Reichstag macht eine Tatsache deutlich, die auch für die Folgezeit Gültigkeit hatte: Die katholischen Stiftsdörfer bildeten eine feste Basis für den von der welfisch-katholischen Koalition aufgestellten Kandidaten.

Nachdem der Konstituierende Reichstag seine Hauptaufgabe, die Verabschiedung einer Verfassung des Norddeutschen Bundes, erfüllt hatte, wurde er aufgelöst; die einzigen Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes wurden für den 31. August 1867 ausgeschrieben. Im Vergleich zu den Februarwahlen blieb die Wahlagitation im Hildesheimer Wahlkreis wie allgemein in der Provinz ziemlich schwach²⁶. Von nationalliberaler Seite wurde erneut Roemer als Kandidat aufgestellt. Außerdem beteiligte sich der in Hildesheim ansässige Arbeiterverein, der der Richtung Lassalles zuneigte, an den Wahlen. Auf einer Versammlung des Vereins am 18. August wurde der Tabakarbeiter Friedrich Wilhelm Fritzsche aus Leipzig nominiert; er war Funktionär des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ und Gründer einer der ersten Gewerkschaftsorganisationen, die sich über ganz Deutschland erstreckten. Der Versammlung war außerdem der Advokat Dr. Friedrich Wilhelm Fischer²⁷ aus Hannover empfohlen worden; sie lehnte

19 Hildesheimsche Zeitung (Abk.: HZ), 29. Jan. 1867, Nr. 24.

20 HZ, 23. Jan., Nr. 19; 5. Febr., Nr. 30; 8. Febr. 1867, Nr. 33.

21 SAO, Dep. 69 b, 555, Gehrcke an Hammerstein, 2. Febr. 1867.

22 Wahlergebnisse in: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (Abk.: NHAH), Hann. Des. 80, Hild. I, C 550.

23 NHAH, Hann. Des. 80, Hild. II, I, 27. Polizeidirektion Hildesheim an Bülow, 16. Jan. 1867. Über Münster: H. v. Nostritz, Bismarcks unbotmäßiger Botschafter. Fürst Münster von Derneburg (1820—1902), Göttingen 1968; W. Sühlo, Georg Herbert Graf zu Münster, Erblandmarschall im Königreich Hannover, Hildesheim 1968.

24 Vgl. Münster an Bennigsen, 13. Jan. 1867, in: Oncken (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 17.

25 So Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 116.

26 Vgl. Matern (wie Anm. 6), S. 163 ff.

27 Friedrich Wilhelm Fischer, geb. 1825; gest. 13. Juli 1888; MDr 1871—1874 Wk 12.

ihn jedoch ab, weil man ihn nicht kannte und weil er kein Arbeiter war²⁸. Unklar ist es, wer Fischer vorgeschlagen hatte. Da Fischer einer der prominentesten Vertreter der welfischen Bewegung war, liegt die Vermutung nahe, daß unter seiner Kandidatur ein Zusammengehen von Welfen und Arbeitern zustande gebracht werden sollte, wie dies bei den Februarwahlen im Wahlkreis VIII (Hannover und Linden) geschehen war²⁹. Fischer wurde dann von welfisch-katholischer Seite im X. Wahlkreis aufgestellt. Da diese Nominierung erst einige Tage vor den Wahlen bekanntgemacht wurde, konnte keine lebhaftere Agitation für ihn einsetzen³⁰.

Der kurze zeitliche Abstand zu den Februarwahlen, eine „allgemeine Gleichgültigkeit gegen politische Dinge“³¹, das Einsetzen der Erntearbeiten sowie Resignation, die sich vor allem in welfischen Kreisen ausgebreitet hatte, trugen dazu bei, daß die Wahlbeteiligung in der Provinz Hannover bei den Augustwahlen äußerst niedrig lag³². Im Hildesheimer Wahlkreis machte nur ein Viertel der Wahlberechtigten von seinem Stimmrecht Gebrauch. Roemer gewann mit fast 70 Prozent (4597) der abgegebenen Stimmen; auf Fritzsche entfielen 8,5 Prozent (566), auf Fischer ca. 18 Prozent (1178)³³. Wie Bennigsen erhielt auch Fischer in den katholischen Dörfern die Mehrheit der Stimmen; jedoch war auch in diesen Orten die Wahlbeteiligung schwach.

2. Die welfisch-katholische Koalition in der Bismarckzeit (1871–1890)

Im März 1871 fanden die ersten Wahlen zum Reichstag des Deutschen Reiches statt. Das Deutsche Reich war rechtlich aufgrund von Verträgen zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten gebildet worden³⁴. Es übernahm in Grundzügen die Verfassung des Norddeutschen Bundes; für den neuen Reichstag galt das gleiche Wahlrecht wie zur Zeit des Norddeutschen Bundes.

In der Zeit nach der Reichsgründung war in der ganzen Provinz Hannover eine Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze festzustellen; die National-liberale Partei und die welfisch-katholische Koalition grenzten sich deutlicher als vorher voneinander ab. Beeinflusst wurde diese Entwicklung durch den Kulturkampf, der der politischen Auseinandersetzung ei-

ne weltanschauliche Komponente verlieh, und durch Fortschritte der parteiichen Organisation.

Die welfische Bewegung in der Provinz Hannover erhielt durch den im Winter 1869/70 gegründeten „Hannoverschen Wahlverein“ eine permanente Zentralorganisation³⁵, die an die Stelle der bei den Wahlen von 1867 zusammengetretenen Zentralwahlkomitees trat. Dem Verein stand ein dreiköpfiges, ab 1875 ein siebenköpfiges Direktorium vor; für jeden hannoverschen Wahlkreis wurde ein Ausschußmitglied ernannt, das die Verbindung zwischen dem Wahlkreis und der Zentrale in Hannover herstellen und mit Hilfe von Vertrauensmännern in seinem Wahlkreis durch den Aufbau von Organisationen auf lokaler Ebene auf die Bevölkerung zugunsten der welfischen Partei und ihres Reichstagskandidaten einwirken sollte. Mit der Gründung des Wahlvereins setzte sich auch der Name „Deutsch-hannoversche Partei“ (DHP) für die parlamentarische Vertretung der welfischen Bewegung durch. Das Direktorium des Wahlvereins verstand sich und wirkte im Laufe der Zeit als die eigentliche Parteileitung. In der Welfenpartei entwickelte sich ein spezifischer Rechts- und Proteststandpunkt; die Wiederherstellung des Rechtes, das durch die Annexion Hannovers verletzt worden war, wurde das eigentliche politische Ziel der Welfen; die Wahlen und die Anwesenheit im Reichstag wurden als ein Ausdruck des Protestes gedeutet.

Die Katholiken hielten zwar nach der Reichsgründung die Verbindung mit den Welfen aufrecht. Sie orientierten sich aber in verstärktem Maße an der Zentrumspar-tei. Die Deutsche Zentrumspar-tei³⁶ war im Winter 1870/71 durch den Zusammenschluß katholischer Abgeordneter im Preußischen Abgeordneten-

28 HZ, 19. Aug. 1867, Nr. 194.

29 Vgl. Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 108.

30 Vgl. HZ, 28. Aug. 1867, Nr. 202.

31 Busch (wie Anm. 3), S. 273.

32 Vgl. Knott, Wahlverhalten (wie Anm. 6), S. 7.

33 Wahlergebnisse in: NHAH, Hann. Des. 80, Hild. I, C 553.

34 Huber (wie Anm. 2), S. 703.

35 Vgl. Aschoff, Welfische Bewegung (wie Anm. 3).

36 Über die Zentrumspar-tei v. a.: K. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspar-tei, 9 Bde., Köln 1927/32; K. Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953; U. Mittmann, Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich, Düsseldorf 1976; J. K. Zeender, The German Center Party 1890–1906, Philadelphia 1976.



Berlin: Das Reichstagsgebäude (Ende des 19. Jhs.)

haus und im ersten Reichstag des Deutschen Reiches mit dem Ziel ins Leben gerufen worden, im kleindeutschen Reich katholische Interessen vertreten und Angriffen des Liberalismus entgegenwirken zu können. In ihrem Programm bekannte sich die Partei zum bundesstaatlichen Charakter des Reiches, trat gegen Zentralisierung auf, setzte sich für die Förderung des moralischen und materiellen Wohls aller Volksklassen ein und forderte die Gewährleistung der bürgerlichen und religiösen Freiheiten des einzelnen wie der Rechte der Religionsgemeinschaften durch die Reichsverfassung. Der Zentrumsparthei, die ihren überkonfessionellen Charakter hervorzuheben versuchte, gelang es in der Folgezeit jedoch nie, entscheidende Unterstützung bei nichtkatholischen Wählern zu finden. Durch den Kulturkampf, in dem die Partei sich durch die Verteidigung kirchlicher Rechte und der Grundrechte auszeichnete, und wegen des Mißtrauens Bismarcks wurde das Zentrum in die Opposition zur Reichsleitung und zur preußischen Regierung gedrängt.

Der Zentrumsfraktion im Reichstag schlossen sich wegen der gemeinsamen Oppositionsstellung gegen die Reichsleitung und wegen ähnlicher politischer Vorstellungen die welfischen Abgeordneten als Hospitan-

ten an. Das Hospitantenverhältnis bedeutete, daß die welfischen Abgeordneten zwar nicht förmlich Mitglieder der Fraktion wurden, aber an den Fraktionssitzungen teilnehmen und in ihrer parlamentarischen Tätigkeit Unterstützung vom Zentrum erwarten konnten. In den hannoverschen Wahlkreisen, in denen der welfische Kandidat die Unterstützung der Katholiken erhielt, erwartete man auf katholischer Seite, daß er nach einem Sieg in das Hospitantenverhältnis zum Zentrum eintrat.

Bei der Heranführung der Welfen an das Zentrum spielte Ludwig Windthorst eine wichtige Rolle³⁷. Auf-

37 Ludwig Windthorst, geb. 17. Jan. 1812 Kaldenhof bei Osnabrück; gest. 14. März 1891 Berlin; 1851—53 und 1862—65 Justizminister des Königreiches Hannover, MdR und MdL 1867—1891 Wk 3. Über Windthorst: E. Hüsgen, Ludwig Windthorst, Köln 1907; H.-G. Aschoff, Die politische Tätigkeit Ludwig Windthorsts im Königreich Hannover, in: Zeitschrift der Technischen Universität Hannover 3, 1976, H. 1, S. 15—23; R. Morsey, Ludwig Windthorst (1812—1891), in: J. Aretz u. a. (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, S. 62—74 (mit Literaturhinweisen).

grund seiner politischen Tätigkeit im Königreich Hannover, wo er als erster Katholik ein Ministeramt ausgeübt hatte, und der Ablehnung der Annexion besaß er enge Beziehungen zu welfischen Kreisen. Er gehörte aber nicht der DHP an, sondern hatte sich im Winter 1870 dem Zentrum angeschlossen, das ihm ein größeres Betätigungsfeld bot als die Welfenpartei. Vor allem durch sein Auftreten im Kulturkampf wurde er zum anerkannten Führer des Zentrums und zu einer der bedeutendsten Persönlichkeiten des deutschen Katholizismus. Aufgrund seiner Stellung und seines Ansehens konnte er bei der Kandidatenaufstellung in den hannoverschen Wahlkreisen mit katholischer Bevölkerung Einfluß ausüben.

Die Kandidatennominierung für die Reichstagswahlen erfolgte im Wahlkreis X durch ein Wahlkomitee, das sich vor den Wahlen in Hildesheim aus Vertretern der Welfen und der Katholiken bildete. Als Vertreter der welfischen Seite erscheinen in den 1870er und 1880er Jahren das Ausschußmitglied des Hannoverschen Wahlvereins, Major a. D. W. von Anderten aus Himmelsthür, der Landrat von Hammerstein-Equord und der schon bei den Wahlen von 1867 besonders eifrige Fabrikant Gehrcke. Die katholische Seite wurde hauptsächlich durch den Buchdruckereibesitzer Kornacker, den Damastfabrikanten Becker, den Kaufmann Laufköther und den Rechtsanwalt Förster vertreten. Dieses Wahlkomitee bezeichnete sich seit 1874 als „Vorstand der Deutschen Wahlpartei“³⁸. Der von diesem Komitee ausgewählte Kandidat wurde in einer größeren Versammlung den Vertrauensleuten und Anhängern der Partei vorgestellt. Die „Hildesheimische Zeitung“ veröffentlichte Wahlaufrufe für den Kandidaten und forderte die Anhängerschaft auf, für ihn zu werben. Die Bedeutung dieser Zeitung darf nicht unterbewertet werden; neben dem Einsatz kirchlicher Vertreter und der Vertrauensmänner war sie das wichtigste Mittel, um den welfisch-katholischen Kandidaten im Wahlkampf bekannt zu machen und die Wählerschaft zu mobilisieren.

Um beiden Gruppierungen der Wahlpartei gerecht zu werden, bildete sich das Verfahren heraus, abwechselnd einen Kandidaten aus dem protestantischen, welfischen und aus dem katholischen Lager zu nominieren. Der welfischen Richtung waren die Kandidaturen Hammerstein-Equord, der nach einem Verzicht Bennigsen für die Wahl von 1871 nominiert wurde³⁹, und Graf Bennigsen 1877 und 1881 zuzurechnen, während mit dem Kommerzienrat E. Ahl-

born (1874), dem Gutsbesitzer Moritz Dröge (1878), der zum erstenmal seinen vollen Beitritt zur Zentrumsfraktion in Aussicht stellte, und mit Kornacker (1887) Katholiken aufgestellt wurden.

Die Reichstagswahlen von 1884 zeigten zum ersten Mal eine deutliche Abgrenzung des katholischen Lagers von den Welfen, die ein Ausdruck des durch den Kulturkampf gestärkten politischen Selbstbewußtseins und Zusammengehörigkeitsgefühls der Katholiken war. Die Katholiken bildeten ein eigenes Wahlkomitee, verwandten dafür den Namen „Zentrumspartei“ und gingen in der Aufstellung des Kandidaten eigenständig vor. Auf einer Versammlung von Vertrauensmännern, die sich dem Zentrum zugehörig fühlten, wurde vom Wahlkomitee der Oberappellationsgerichtsrat a. D. Ernst Ludwig von Lenthe⁴⁰ als Kandidat vorgeschlagen und einstimmig angenommen⁴¹. Möglicherweise waren die Hildesheimer Katholiken durch Windthorst auf ihn aufmerksam gemacht worden. Lenthe war bereits mehrere Male welfischer Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises IX (Hamel) gewesen. Die Gründe des Vorgehens der Hildesheimer Zentrumsführer sind nicht genau zu ermitteln. Wahrscheinlich wollte man die erneute Kandidatur des Grafen Bennigsen verhindern, der als Abgeordneter während der Legislaturperiode 1881–1884 wegen seines Alters nur selten im Reichstag anwesend gewesen war. Da Lenthe durchaus keinen schroffen Proteststandpunkt vertrat, von strengen Welfen vielmehr wegen seines fehlenden Glaubens an eine Restauration Hannovers mißtrauisch angesehen wurde⁴², wollte man eventuell mit seiner Kandidatur auch nationalkonservative Wähler gewinnen; eine Annahme der Kandidatur durch Lenthe hätte auch die Deutsch-hannoversche Partei gezwungen, sich für Lenthe

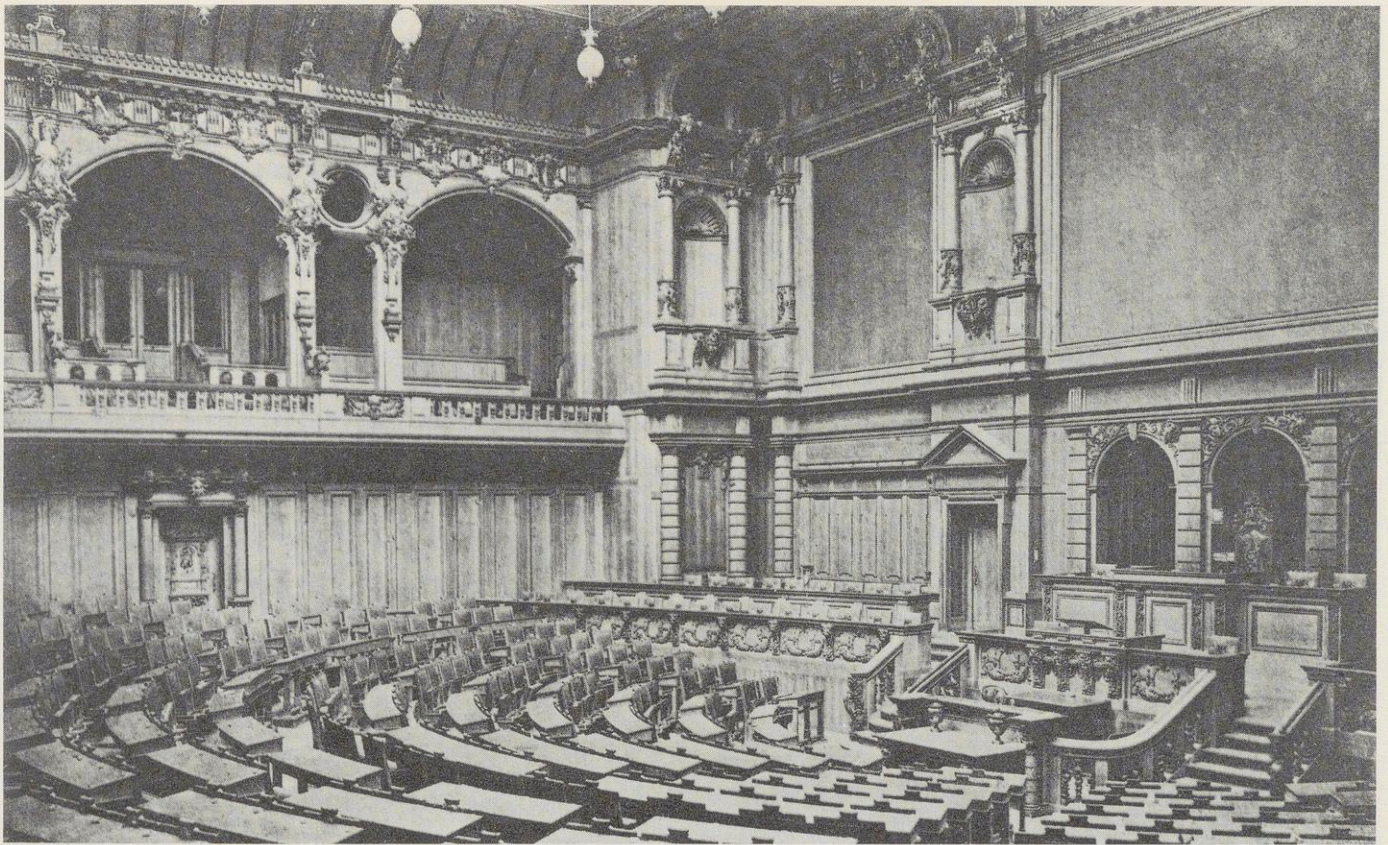
38 Vgl. die Wahlaufrufe in HZ, 16. Dez. 1873, Nr. 295; 2. Jan. 1877, Nr. 1; 11. Juli 1878, Nr. 160; 12. Okt. 1881, Nr. 239.

39 HZ, 9. Febr. 1871, Nr. 34; 13. Febr. 1871, Nr. 37.

40 Ernst Ludwig Lenthe, geb. 22. Nov. 1823 Kneesebeck; gest. 7. Febr. 1888 Hannover; MdR 1871–74, Febr. 1876–Jan. 1877, Nov. 1877–81 Wk 9.

41 HZ, 1. Sept. 1884, Nr. 205; 4. Sept. 1884, Nr. 208. Mitglieder des Wahlkomitees des Zentrums 1884 waren: Damastfabrikant Becker, Rechtsanwalt Förster, Buchdruckereibesitzer J. Kornacker, Redakteur F. Kornacker, Dr. med. Krüger, Kaufmann Laufköther, Bankier Pistorius, Architekt Sante (HZ, 6. Okt. 1884, Nr. 235).

42 Vgl. H. Langwerth v. Simmern, Aus meinem Leben, Bd. 2, Berlin 1898, S. 39; 107; 124.



Berlin: Plenarsaal des Reichstagsgebäudes (Ende des 19. Jhs.)

auszusprechen⁴³. Allerdings lehnte Lenthe die Nominierung wegen seines schlechten Gesundheitszustandes trotz Bitten Windthorst ab⁴⁴. Nachdem Verhandlungen mit der konservativen Partei an der Person des von den Konservativen vorgeschlagenen Kandidaten gescheitert waren⁴⁵, entschloß sich das Komitee der Hildesheimer Zentrumsparlei, den von der DHP aufgestellten Kandidaten, Graf von der Schulenburg-Hehlen, zu unterstützen⁴⁶. Obwohl seit dieser Zeit Katholiken und Welfen eigene Parteiorganisationen in Hildesheim besaßen und die Wahlagitiation eigenständig führten, blieb für die nächsten Jahre die Koalition im Wahlkreis X erhalten.

Eine der wichtigsten Klammern dieser Koalition bildete während der Bismarckzeit der Kulturkampf; er galt als Ausdruck der „Staatsomnipotenz“ und als Verletzung der von Gott gewollten Ordnung. Beide Parteien vereinigten sich im Kampf für die „Rechte und Freiheiten aller Confessionen“ und gegen die Einführung der „confessionslosen Schulen“⁴⁷. Ein weiteres gemeinsames Anliegen war das Eintreten für die wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft und der Handwerker. Man verlangte einen besseren Schutz

der Handwerker gegen die Konkurrenz von Großbetrieben und forderte die Einführung obligatorischer Innungen mit Befähigungsnachweis. Den landwirtschaftlichen Interessen glaubte man gerecht zu werden mit der Forderung nach Steuerentlastung und „Einführung eines vernünftigen Schutzzolles, welcher der übermäßigen Concurrenz des Auslandes entge-

43 In der Direktorial- und Ausschusssitzung des Hannoverschen Wahlvereins vom 31. August 1884 war ein Beschluß über die welfische Kandidatur im Wahlkreis X nicht gefaßt worden. Gehrcke erklärte, daß Bennigsens Kandidatur wegen seines Fehlens im Reichstag schwer durchzubringen sei, Lenthe bessere Aussichten habe (NHAH, Dep. 103, VIII, C 53. Protokoll). Das Hildesheimer Zentrum wollte demnach mit der Nominierung Lenthes vollendete Tatsachen schaffen.

44 HZ, 29. Sept. 1884, Nr. 229.

45 Von konservativer Seite war der Regierungsassessor Mundt vorgeschlagen worden. Gegen ihn erhob das Zentrumskomitee Bedenken, weil er als Beamter der Regierung gegenüber die notwendige Unabhängigkeit nicht besitze und, obwohl Katholik, der Zentrumsfraktion nicht beitreten werde (HZ, 27. Okt. 1884, Nr. 253; 3. Nov., Nr. 259; 5. Nov., Nr. 261; 10. Nov. 1884, Nr. 265).

46 Wie Anm. 44.

47 HZ, 6. Okt. 1884, Nr. 235.

gentrete, ohne die Preise zu vertheuern''⁴⁸. Mit diesen programmatischen Äußerungen wollte man sich von den Nationalliberalen unterscheiden, die wegen ihres Eintretens für „schrakenlose Gewerbefreiheit'' und Freihandel als die Feinde des Handwerks und der Landwirtschaft hingestellt wurden.

Von 1871 bis 1890 vertraten nationalliberale Abgeordnete mit Ausnahme der 5. Legislaturperiode (1881—1884) den Hildesheimer Wahlkreis im Reichstag. Roemer besaß das Mandat bis 1881, ihm folgte 1884 der Hildesheimer Oberbürgermeister Gustav Struckmann. Wie in den meisten hannoverschen Wahlkreisen wurde im Wahlkreis X der Kampf um das Mandat im allgemeinen nur zwischen den Nationalliberalen und den Welfen ausgetragen, die hier im Bündnis mit den Katholiken standen. Nur 1878 wurde dieser Dualismus unterbrochen, als die Konservativen den Kreishauptmann Graf Hue de Grais nominierten, der vor allem bäuerliche Wählerschichten ansprechen wollte und 15 Prozent (2577) der Stimmen erhielt; seine Kandidatur veranlaßte die einzige Stichwahl zwischen 1867 und 1887. Auf eine sozialdemokratische Kandidatur entfielen 1874 nur einige hundert Stimmen; eine Änderung zugunsten der Sozialdemokraten trat erst 1887 ein, als der Zigarrenarbeiter Bertram über 12 Prozent der Stimmen erhielt (2847)⁴⁹.

Wie 1867 bildeten auch nach der Reichsgründung die katholischen Stiftdörfer einen festen Stützpunkt für den Kandidaten der Welfen-Zentrums-Gruppe, auf den in einzelnen Gemeinden über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen. Der Kulturkampf trug erheblich dazu bei, daß diese parteipolitische Orientierung der Stiftdörfer bis zum Ende des Kaiserreiches erhalten blieb und daß durch das ausgeprägte politische Bewußtsein die Wahlbeteiligung im Vergleich zu protestantischen Gebieten außerordentlich hoch war.

Der katholische Kern der Wählerschaft des welfisch-katholischen Kandidaten betrug in der Bismarckzeit 3000—4000 Stimmen. Für einen Sieg mußte der welfisch-katholische Kandidat Wählerschichten in der Stadt Hildesheim und den übrigen protestantischen ländlichen Teilen des Wahlkreises hinzugewinnen. Seine Aussichten verschlechterten sich, wenn ein dritter Kandidat im Wahlkreis auftrat, der sich auf bäuer-

liche Wähler stützte, oder wenn ein Kandidat katholischer Konfession von der welfisch-katholischen Koalition aufgestellt wurde; er stieß auf Ablehnung bei protestantischen Wählern. Auf die katholische Konfession der Bewerber Ahlborn, Dröge und Kornacker ist es mit zurückzuführen, daß sie bei den Wahlen 1874 nur 38,2 Prozent, 1878 36,7 Prozent und 1887 29,1 Prozent erhielten, während sonst auf den Kandidaten der Koalition über 40 Prozent entfielen.

Den höchsten Stimmenanteil und die höchste absolute Stimmenzahl errang die Koalition 1877 (8655 = 46,4 %) und 1881 mit der Kandidatur des Protestanten Graf Bennigsen. Neben dem Ansehen, das Bennigsen genoß, wirkte sich 1877 zu seinen Gunsten der Kulturkampf aus, der die katholische Bevölkerung des Stiftes fast vollständig mobilisierte⁵⁰. Außerdem begünstigte die nach den „Gründerjahren'' einsetzende Wirtschaftskrise, die den Ruf nach einer Änderung der liberalen Wirtschaftspolitik aufkommen ließ, die nichtliberalen Parteien. 1881 profitierte Bennigsen von der geringen Wahlbeteiligung (60,2 %); sie beruhte hauptsächlich auf der Wahlenthaltung nationalliberaler Wähler wegen der Spannungen innerhalb ihrer Partei. Dagegen ging die Wahlbeteiligung des katholischen Wählerstammes nur unbedeutend zurück. Da außerdem für Bennigsen auch nationalliberale Wähler stimmten⁵¹, gelang es ihm, als einzigem Kandidaten der welfisch-katholischen Koalition in der Bismarckzeit mit 53 Prozent der Stimmen das Reichstagsmandat für den X. Wahlkreis zu gewinnen.

48 Vgl. v. a. HZ, 27. Okt. 1884, Nr. 253; 6. Okt. 1884, Nr. 235; 11. Juli 1878, Nr. 160; 12. Okt. 1881, Nr. 239. Im Gegensatz zu einer Reihe prominenter Welfen (vgl. H.-G. Aschoff, Welfische Bewegung, wie Anm. 3) bekannten sich die Deutschhannoveraner im Hildesheimer Wahlkreis schon früh zur Einführung des Schutzzolles (HZ, 19. Juli 1878, Nr. 167). Nachdem der Schutzzoll 1879 eingeführt worden war, wurde es schwieriger, konkrete Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft aufzuzeigen. Man begnügte sich deshalb häufig in den Wahlaufufen mit dem Hinweis, daß der welfisch-katholische Kandidat selbst „praktischer Landwirt'' sei und so die Bedürfnisse der Landwirtschaft kenne (HZ, 29. Sept. 1884, Nr. 229).

49 Die Reichstagswahlergebnisse bei: I. Flathmann (wie Anm. 3), S. 102 f.; R. Leinert (wie Anm. 3), S. 32 f.

50 Vgl. Knott, Wahlverhalten (wie Anm. 6), S. 12.

51 Vgl. HZ, 27. Okt. 1884, Nr. 253; 3. Nov. 1884, Nr. 259.

3. Die Wahlsiege der „welfisch-katholischen“ Koalition in der wilhelminischen Zeit (1890—1898)

Die Verhältnisse im Hildesheimer Wahlkreis nach 1890 spiegelten die allgemeinen parteipolitischen Entwicklungen in der Provinz Hannover wider, deren auffallendstes Merkmal die „Aufsplitterung des Parteiengefüges“ war⁵². Die Auflösung des bis dahin geltenden „Zweiparteisystems“ geschah durch das Anwachsen der Sozialdemokratischen Partei, auf die bei den letzten Reichstagswahlen des Kaiserreiches (1912) in der Provinz über ein Drittel der Stimmen entfiel, und durch das Entstehen nationaler, konservativer Wählergruppen, wie die Antisemiten, die Deutsch-konservative Partei, der Bund der Landwirte. Die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen war ein wesentlicher Grund für das Aufkommen dieser Parteien; dadurch erhielten programmatische Äußerungen einen Vorrang vor der Person des Kandidaten. Im Hildesheimer Wahlkreis wirkte sich die Aufsplitterung des Parteiengefüges dahin aus, daß nach 1890 keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit errang und daß deshalb Stichwahlen notwendig wurden. Der feste Wählerstamm der Katholiken, der sich um die Jahrhundertwende auf 6000 Stimmen belief, verbunden mit den welfischen Wählern, sicherte dem Kandidaten der Koalition den Platz in der Stichwahl; für den Sieg wurde entscheidend, daß der welfisch-katholische Kandidat die Unterstützung der Sozialdemokratie oder agrarischer Wählergruppen erhielt.

Die Stärke und Geschlossenheit des Hildesheimer Zentrums waren ein Ergebnis der Erfahrungen der Kulturkampfzeit; sie lagen aber auch in dem kirchlichen Einwirken zugunsten der Partei und in dem Ausbau des katholischen Vereinswesens begründet. Die katholischen Vereine und ihre Führer leisteten die notwendige organisatorische Arbeit auf der lokalen Ebene und betrieben die Wahlpropaganda. Ihnen ist es mitzuverdanken, daß das Zentrum im Hildesheimer Wahlkreis seinen Wählerstamm im großen ganzen halten konnte und nur in der Stadt Hildesheim Teile der katholischen Arbeiterschaft an die SPD verloren zu haben scheint⁵³. An der Gründung, dem Ausbau und Zusammenschluß vor allem der katholischen Männer- und Arbeitervereine in der Stadt und im Bistum Hildesheim, deren Anliegen auch darin bestand, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die

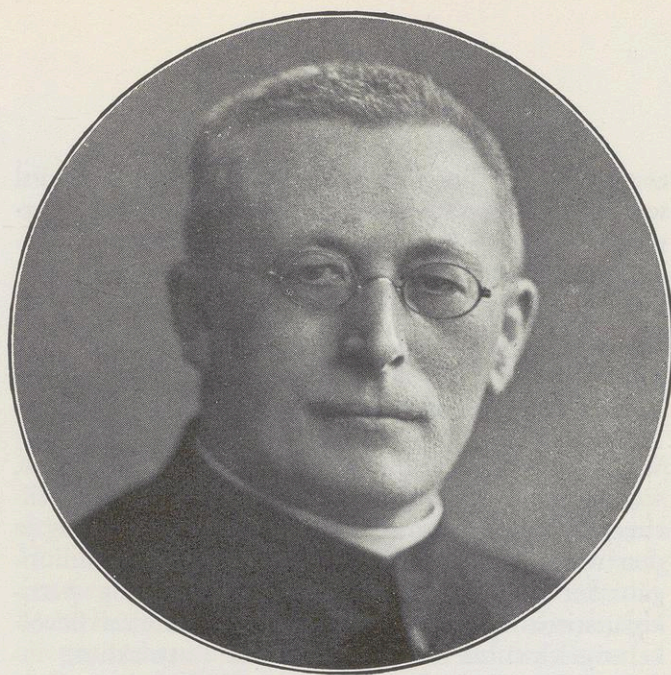


Foto: Bistumsarchiv Hildesheim

katholische Bevölkerung abzuwehren, nahm der Regens des Priesterseminars und spätere Bischof Joseph Ernst aktiven Anteil⁵⁴. 1912 wurde er Diözesangeschäftsführer des Volksvereins. Der „Volksverein für das katholische Deutschland“, der 1890 unter Mitwirkung Windthorsts gegründet worden war und sich zu einer der größten Massenorganisationen Deutschlands entwickelte, stärkte nicht nur durch seine Schulungskurse und seine Literatur das sozialpolitische Bewußtsein im deutschen Katholizismus; durch seine Ausbreitung und seine Aktivitäten gelang es ihm auch, weitgehend die Massen bei der Zentrumsparterie zu halten⁵⁵. Im Bistum Hildesheim, wo der Verein seine Verbreitung hauptsächlich der Werbetätigkeit des Caritasdirektors in Hannover, Wilhelm Maxen, verdank-

52 Vgl. Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 260 ff.

53 In der Stadt Hildesheim lag der Anteil der Stimmen, den der vom Zentrum unterstützte Kandidat erhielt, unter dem katholischen Bevölkerungsanteil (vgl. Ehrenfeuchter, wie Anm. 3, S. 236 f.; Wichard, wie Anm. 6, S. 52 ff.).

54 Über Ernst: B. Gerlach und H. Seeland, Geschichte des Bischöflichen Gymnasium Josephinum in Hildesheim, Bd. 2, Hildesheim 1952, S. 28 ff.; Hannoversche Volkszeitung, 43. Jg., 5. Mai 1928, Nr. 105.

55 Vgl. Th. Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 281 ff.; über den Volksverein: E. Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954; H. Heitzer, Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890—1918, Mainz 1979.

te, verfügte er im Vergleich zu der geringen Anzahl von Katholiken über eine relativ hohe Anhänger-schaft^{55a}. Durch den Volksverein erhielt auch der Arbeitersekretär der katholischen Arbeitervereine in Hildesheim, Lorenz Blank, seine geistige Prägung⁵⁶. Blank war nach der Jahrhundertwende einer der eifrigsten Redner des Hildesheimer Zentrums und gehörte zu dessen Führungskreis.

Während das Zentrum seinen Wählerstamm hielt, setzte nach 1890 in der Provinz Hannover ein deutlicher Niedergang der welfischen Partei ein⁵⁷. Er lag in den wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandlungen der Provinz sowie in der Schwächung partikularistisch-legitimistischer Gesinnung breiter Bevölkerungsschichten begründet. Diese Entwicklung innerhalb der DHP veranlaßte das Hildesheimer Zentrum, nach neuen Verbündeten Ausschau zu halten. Belastet wurde das Verhältnis von Zentrum und Welfenpartei vor allem dadurch, daß sich bei den Katholiken und ihrer Partei der Prozeß der Integration in das neue Reich und die Anerkennung der politischen Gegebenheiten schneller vollzog als bei den Welfen. Die Wandlungen, die die Deutsche Zentrums-partei durchmachte, wirkten sich auch auf das Zentrum im Hildesheimer Wahlkreis aus. Auf der Reichsebene verlor das Zentrum in den 1890er Jahren nach der Beilegung des Kulturkampfes zunehmend den Charakter einer Oppositionspartei und entwickelte sich unter den Reichskanzlern Hohenlohe (1894—1900) und Bülow (1900—1909) „zur unentbehrlichen parlamentarischen Stütze“ der Regierung⁵⁸. Die Zustimmung der Partei zu den „großen“ nationalen Gesetzesvorlagen, wie die Handelsverträge, die Rechtsvereinheitlichung im Bürgerlichen Gesetzbuch, der Zolltarif von 1902 und die Reichsfinanzreform der Bülowzeit sowie die späteren Militärvorlagen und Flottenbaupläne, war ein Ausdruck für eine zunehmende reichsfreundliche und nationale Gesinnung. Wichtige Gründe für diesen Wandel in der Haltung des Zentrums lagen in dem Bestreben, vom Ruf der „Reichsfeindschaft“ befreit zu werden und die Relikte der Kulturkampfgesetzgebung abzuschaffen. Durch diese Entwicklung der Zentrums-partei wurde allerdings die Kluft zur DHP vergrößert, deren Proteststandpunkt eine größere Distanz zur Reichsleitung und deren Politik voraussetzte und in deren Reihen der Vorwurf laut wurde, das Zentrum habe sich durch das Aufgeben des Rechtsstandpunktes von den alten gemeinsamen Grundsätzen entfernt⁵⁹. Trotz dieser Belastungen wurde im Wahlkreis X das Bündnis zwischen Zentrum

und Welfen bis zur Reichstagswahl 1898 aufrechterhalten. Die Gründe für die Fortsetzung des Bündnisses lagen in dem Mangel an geeigneten Zentrums-kandidaten, vor allem aber in den gemeinsamen kirchen- und kulturpolitischen Zielen, die für das Zentrum Priorität besaßen und nur von den Deutschhannoveranern völlig geteilt wurden.

Allerdings versuchte das Zentrum, seinen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung zu verstärken; es fühlte sich hierzu berechtigt, weil es den größeren Teil der Wähler in die Koalition einbrachte. Entscheidend für die Nominierung auf der welfischen Seite war die Stellungnahme des Direktoriums des Hannoverschen Wahlvereins, das Vorschläge der welfischen Vereine im Wahlkreis berücksichtigte, aber die endgültige Entscheidung über den Kandidaten fällte. Es verhandelte auch mit dem Zentralwahlkomitee des Zentrums in Hildesheim. Dieses Wahlkomitee bestand aus vier bis fünf Personen, von denen der Vorsitzende, Rechtsanwalt, später Justizrat, Förster, und der Redakteur und Buchdruckereibesitzer Kornacker als die eigentlichen Führer des Hildesheimer Zentrums anzusehen sind. Mitglieder des Komitees waren nach 1890 auch der Bankier Pistorius und der Arzt Krüger. Der von dem Komitee ausgesuchte und mit dem Direktorium des Wahlvereins vereinbarte Kandidat wurde der Vertrauensmännerversammlung des Zentrums vorgeschlagen, die 200 bis 300 Personen, meist Geistliche, Vorsitzende der katholischen Vereine und Verbände und angesehene Laien, umfaßte und den ganzen Wahlkreis vertrat. Die Versammlung nahm in der Regel ohne Auseinandersetzungen den vorgeschlagenen Kandidaten an.

Das Wahlkomitee war bei seiner Entscheidung für einen Kandidaten auch Einflüssen hoher kirchlicher

55a 1912/13 waren 5,7 % der Katholiken des Bistums Hildesheim Mitglieder des Vereins (Heitzer, wie Anm. 55, Anhang II, 6).

56 Lorenz Blank, geb. 2. Mai 1862 Bernterode; gest. 26. Nov. 1922 Hildesheim; MdR Jan. 1919—Juni 1920 Wk 16; über Blank: Hannoversche Volkszeitung, 28. Nov. 1922, Nr. 275.

57 Aschoff, Welfische Bewegung (wie Anm. 3).

58 R. Morsey, Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 90, 1970, S. 31—64, hier S. 49.

59 Vgl. Rede Hodenbergs auf der Landesversammlung der DHP in Hildesheim (NHAH, VVP 17, 3067. Extrabeilage zu Nr. 10401 der Deutschen Volkszeitung).

Vertreter ausgesetzt. So scheinen zeitweise der Fürstbischof von Breslau und spätere Kardinal Georg Kopp, der als ehemaliger Generalvikar der Diözese Hildesheim mit den dortigen Verhältnissen gut vertraut war, sowie der ihm freundschaftlich eng verbundene und kirchenpolitisch nahestehende Hildesheimer Bischof, Daniel Wilhelm Sommerwerk gen. Jacobi, versucht zu haben, auf die Zentrumsleitung in Hildesheim einzuwirken⁶⁰. Beide Bischöfe waren innerhalb des preußischen Episkopats Vertreter der „regierungsfreundlichen“ Gruppe, die im Zuge der Beilegung des Kulturkampfes dem staatlichen Standpunkt möglichst weit entgegenkamen und damit in Gegensatz zu Windthorst und den Zentrumsfraktionen gerieten, die den staatskirchenrechtlichen Zustand wiederherstellen wollten, wie er vor dem Kulturkampf gegolten hatte⁶¹. Auch nach dem Kulturkampf glaubten Kopp und Sommerwerk, den Prozeß der Integration der Katholiken in das Deutsche Reich und die Sicherung kirchlicher Rechte durch eine regierungsfreundliche Haltung am besten fördern zu können. Von diesem Standpunkt aus mußte ihnen eine Verbindung der Katholiken mit den Welfen, in denen man eine unversöhnliche Opposition gegen die preußische Regierung und die Reichsleitung sah, inopportun erscheinen, während eine Kontaktaufnahme des Hildesheimer Zentrums mit den Konservativen wohl lieber gesehen wurde. Über ihr Einwirken ist im Detail nichts Näheres nachzuweisen.

Die Nominierung des Kandidaten im Wahlkreis X für die Reichstagswahl von 1890 ging vom Direktorium des Hannoverschen Wahlvereins aus, das sich für den Rittergutsbesitzer Otto Freiherr von Hake auf Hasperde⁶² entschied. Man glaubte, daß er bei den Hildesheimer Katholiken besonderen Anklang finden werde, weil seine Frau und seine Kinder katholisch waren und er bei Windthorst als „persona grata“ galt. Die Hildesheimer Zentrumsführer akzeptierten Hake nach einigem Zögern, das man im Wahlverein darauf zurückführte, daß „sie offenbar noch nicht ordre von Bischof Kopp hatten und deshalb sich mehr um Min. Windthorst wie um ihren eigenen Bischof zu kümmern schienen“⁶³. In der Hauptwahl errang Hake (6804 = 30,9 %) nach dem Nationalliberalen Hoyeremann (8128 = 37 %) und vor dem Sozialdemokraten Bertram (5457 = 24,8 %) den zweiten Platz und gelangte damit in die Stichwahl. Im zweiten Wahlgang gewann er das Mandat (12650 = 54,5 %). Zu seinem Sieg trug erheblich die Unterstützung sozialdemokratischer Wähler bei, die in Stichwahlen im

allgemeinen dem zur Reichsleitung in Opposition stehenden Kandidaten ihre Stimme gaben.

Hake starb im September 1891, so daß während der Legislaturperiode eine Ersatzwahl im Hildesheimer Wahlbezirk stattfinden mußte. In den Besprechungen der welfischen Parteileitung in Hannover wurden als Nachfolger Hakes u. a. der Rittergutsbesitzer von Kettenburg und Hermann Freiherr von Hodenberg⁶⁴ genannt. Kettenburg, obwohl katholisch, wurde nicht näher in Betracht gezogen, weil er als „starker Welfe“ dem Zentrum in Berlin nicht genehm war; auch gegen Hodenberg, den die Parteileitung gern im Reichstag gesehen hätte, hatte man aus Rücksicht auf die katholische Partei in Hildesheim anfangs Bedenken; möglicherweise beruhten diese Bedenken auf der Tatsache, daß er der Sohn des ehemaligen hannoverschen Kultusministers Bodo von Hodenberg war, der Ende der 1870er Jahre in scharfe Auseinandersetzungen mit Windthorst geraten war, dem er Verrat hannoverscher Interessen und mangelnde Opposition gegen die Reichsleitung vorgeworfen hatte⁶⁵. Trotzdem wurde Hodenberg dem Hildesheimer Zentrum vorgeschlagen, weil er auch von den dortigen welfischen Kreisen

60 NHAH, Dep. 103, VIII, C 63. Reden an Wense, 1. Dez. 1889, 31. Jan. 1890. Über Kopp: R. Morsey, Georg Kardinal Kopp (1837—1914), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 1, hg. v. R. Morsey, Mainz 1973, S. 13—28; über Sommerwerk: A. Bertram, *Geschichte des Bistums Hildesheim*, Bd. 3, Hildesheim-Leipzig 1925.

61 Über den preußischen Episkopat: Chr. Weber, *Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876—1888*, Mainz 1970; E. Gatz, *Akten der Fuldaer Bischofskonferenz*, 2 Bde., Mainz 1977/79.

62 Otto Freiherr von Hake, geb. 6. Okt. 1833 Grohnde; gest. 19. Sept. 1891. Dem späteren Hildesheimer Bischof Joseph Godehard Machens wurde 1911 die Stelle eines Kaplans bei der Familie Hake auf Schloß Hasperde bei Hameln übertragen, die er bis 1920 innehatte.

63 NHAH, Dep. 103, VIII, C 63. Reden an Wense, 1. Dez. 1889. „Die Hildesheimer Katholiken, denen im übrigen nicht zu trauen ist, weil ihnen von hannoverscher Gesinnung wenig innewohnt, werden dieses Mal erstlich den Pact halten, denn nach genauen Informationen hat z. Z. Bischof Kopp sich nicht einzumischen. Sie haben andre ordre, einen Centrumshospitanten zu liefern, und dürften dieser nachkommen. In solchem Falle treibt der clerus minor den letzten lahmen Wähler an die Urne, und das giebt 5—6000 katholische Stimmen“ (ebenda, Reden an Wense, 31. Jan. 1890).

64 Hermann Freiherr von Hodenberg, geb. 27. Jan. 1862 Den Haag; gest. 24. Febr. 1946 Celle; MdR 1893—1903 Wk 10, 1903—1907 Wk 14.

65 NHAH, Dep. 103, VIII, C 79 I. Bericht v. d. Deckens, Okt. 1891.

gewünscht wurde. Eine eindeutige Stellungnahme gab die Hildesheimer Zentrumsleitung zu diesem Vorschlag nicht ab; man wies nur darauf hin, daß es im Hildesheimer Zentrum eine Strömung gebe, die einen katholischen Kandidaten wünsche⁶⁶. Diese Richtung soll in ihrem Bestreben, „keinen ausgesprochenen Welfen“ zu nominieren, von Bischof Sommerwerk beeinflußt worden sein. Sie setzte sich auf einer gegenüber den Welfen geheim gehaltenen Vertrauensmännerversammlung durch, die die Kandidatur Hodenbergs ablehnte und einen katholischen Kandidaten in der Person des Gutsbesitzers Clemens Ferdinand Bauermeister aus Heyersum⁶⁷ aufstellte. Bauermeisters Kandidatur wurde sofort in der „Hildesheimschen Zeitung“ angezeigt.

Vor allem diese Vorgehensweise und die Wahrscheinlichkeit, daß die Aufstellung eines Katholiken die Wahlaussichten der Koalition verschlechterte, erregten den Unmut der Welfen in Hildesheim und bestärkten sie geradezu, an der Kandidatur Hodenbergs festzuhalten. Dem Direktorium in Hannover war Bauermeister, den man als „vortrefflich welfisch gesinnt“ bezeichnete, nicht unangenehm; auf Zurückhaltung stieß er nur deshalb, weil man seine Kandidatur zu spät erfahren hatte, um noch genügend Zeit zu haben, den weithin „völlig Ungekannten den Protestanten mundgerecht zu machen“⁶⁸. Obwohl die Mehrheit des Direktoriums ursprünglich für Hodenberg eintrat, gelang es dem Vorsitzenden von der Decken-Ringelheim mit Hilfe Ludwig August Brüels, des alten Freundes Windthorsts und Befürworters eines Zusammengehens von Welfen- und Zentrumspartei, den Beschluß durchzusetzen, daß die DHP für die Kandidatur Bauermeisters eintreten werde. Bauermeister sollte jedoch erklären, im Reichstag alle wesentlichen Forderungen der DHP zu unterstützen. Die welfische Parteileitung hatte nachgegeben, weil sie überzeugt war, daß die Aufstellung eines eigenen Kandidaten eine Spaltung der Koalition bedeutet hätte, die man unberechtigterweise vor allem von seiten der katholischen Zeitungen der DHP zur Last gelegt haben würde.

Die welfischen Vertrauensmänner in Hildesheim bildeten jedoch die Entscheidung des Direktoriums nicht und kündigten Wahlenthaltung an, obwohl das Hildesheimer Zentrum und Bauermeister die vom Direktorium aufgestellten Bedingungen annahmen, Hodenberg von seiner Kandidatur zurücktrat und die hannoversche Parteileitung darauf hinweis, daß der

Lokalausschuß sich einer Entschließung des Direktoriums fügen müsse. Aufgrund der Wahlenthaltung welfischer Wähler entfielen auf Bauermeister weniger Stimmen (5944 = 28,7 %) als auf Hake 1890. Zu seiner Niederlage in der Stichwahl trug die fehlende Unterstützung durch die Sozialdemokratische Partei bei, die ihren Wählern ebenfalls Wahlenthaltung empfohlen hatte⁶⁹.

Die Niederlage, die das Hildesheimer Zentrum in der Ersatzwahl einstecken mußte, bewirkte, daß man sich der vom Direktorium des Hannoverschen Wahlvereins für die Reichstagswahl 1893 aufgestellten Kandidatur Hodenbergs anschloß. Man stellte jedoch die Bedingung, daß Hodenberg sich verpflichtete, im Reichstag „in allen kirchenpolitischen Fragen mit dem Centrum zu stimmen“⁷⁰. Das zentrale Wahlkampfthema bildete die Heeresvorlage, die die Reichsleitung im Parlament eingebracht hatte und die eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Landheeres vorsah. Die Ablehnung der Vorlage durch die Reichstagsmehrheit hatte eine vorzeitige Auflösung des Parlamentes zur Folge gehabt. Im Wahlkampf sprachen sich Zentrum, Welfen und Sozialdemokraten gegen die Heeresvorlage aus, weil sie als eine Folge der Heeresvermehrung eine Verstärkung des Steuerdruckes und eine „auf die Dauer unerträgliche Belastung des Volkes“ voraussahen⁷¹.

66 Ebenda, Reden an Wense, 11. Nov. 1891; Decken an Wense, 12. Nov. 1891.

67 Clemens Ferdinand Bauermeister, geb. 1. Aug. 1837 Heyersum; gest. 22. Apr. 1917 Hildesheim.

68 NHAH, Dep. 103, VIII, C 79 I. Reden an Wense, 11. Nov. 1891.

69 HZ, 30. Dez. 1891, Nr. 303. Der Sieg des nationalliberalen Kandidaten, Amtsrat Sander, beruhte darauf, daß es ihm gelang, einen Teil der sozialdemokratischen Stimmen neben den antisemitischen und freisinnigen auf sich zu vereinen (Ehrenfeuchter, wie Anm. 3, S. 226). Die Antisemitische Partei, die vor allem durch wirtschaftliche Krisenerscheinungen in Bedrängnis gekommene kleine Gewerbetreibende ansprach, trat in der Nachwahl von 1892 zum ersten Mal im Wahlkreis X auf und erhielt 8,8 Prozent (1813). Die anderen Parteien, auch das Zentrum, grenzten sich scharf von den Antisemiten ab. Die Hildesheimer Zentrumsleitung wies darauf hin, daß „kein wirklicher Katholik antisemitische Bestrebungen unterstützen“ dürfe, weil Rassenhaß den Forderungen der Religion entgegenstünde; außerdem lehnte das Zentrum jegliche Ausnahme Gesetze ab (HZ, 9. Dez. 1891, Nr. 286; 10. Dez. 1891, Nr. 287; A. J. Knott, Die antisemitische Bewegung in Hildesheim bei den Wahlen zum Reichstag 1891 und 1893, in: Alt-Hildesheim 51, 1980, S. 61—68).

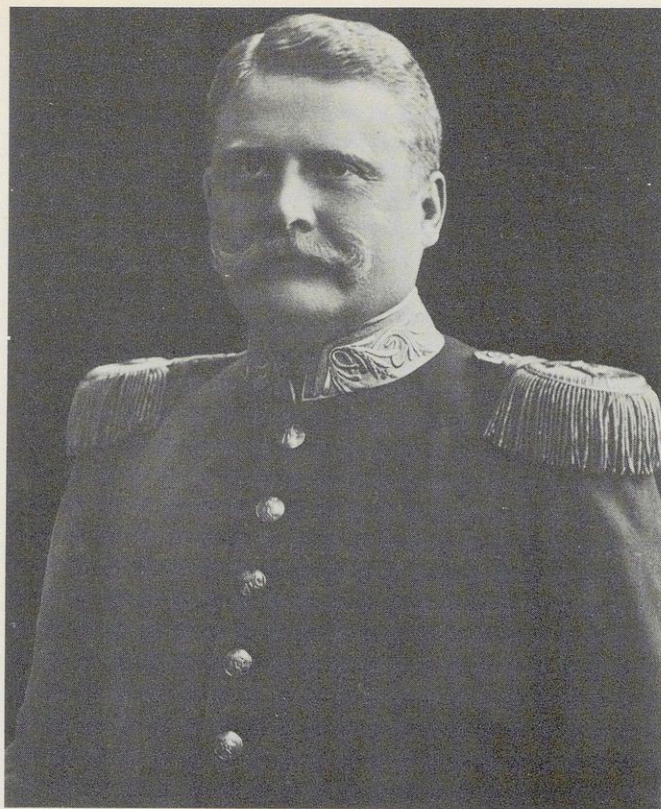
70 HZ, 19. Mai 1893, Nr. 114.

71 HZ, 23. Mai 1893, Nr. 116.

In der Hauptwahl errang Hodenberg den zweiten Platz (6985 = 30,5 %) nach dem Nationalliberalen Sander (8802 = 38,4 %), siegte aber im zweiten Wahlgang mit Hilfe der sozialdemokratischen Wähler. Die sozialdemokratische Parteileitung in Hildesheim hatte ihren Wählern Hodenberg als entschiedenen Gegner der Militärvorlage empfohlen⁷².

Hodenberg entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten der DHP und übernahm die Führung der welfischen Abgeordneten im Reichstag. Die preußischen Behörden bezeichneten ihn als die „Seele der welfischen Partei“, der sein ganzes Wissen und Können für die welfische Sache einsetze und durch seine große Redegewandtheit die Hannoveraner bei ihrem Stammesbewußtsein fasse⁷³. Er galt als ein Vertreter der junghannoverschen Richtung in der Partei, deren Anhänger die Forderung nach der Wiederherstellung des ehemaligen Königreiches besonders deutlich herausstellten, die Opposition gegen Preußen aufrechterhielten und damit den Kampf gegen Zentralisierungsbestrebungen und gegen die Stärkung der Reichsgewalt verbanden. Wegen seiner herausragenden Stellung innerhalb der Welfenpartei glaubte Hodenberg, sich nicht der Zentrumsfraktion im Reichstag als Hospitant anschließen zu können. Wie er lehnte eine Reihe welfischer Abgeordneter im Gegensatz zu früheren Jahren das Hospitantenverhältnis ab, weil diese Verbindung als eine Anerkennung der reichsfreundlichen Politik des Zentrums aufgefaßt und der welfische Proteststandpunkt dadurch unklar werden konnte.

Diese Weigerung Hodenbergs und sein Abstimmungsverhalten im Reichstag, das bei einigen Vorlagen von dem der Zentrumsfraktion abwich, verärgerten die Hildesheimer Katholiken. Die Folge war, daß das Hildesheimer Zentrum für die Reichstagswahl von 1898 die erneute Kandidatur Hodenbergs verhindern wollte. Hodenberg selbst überlegte, ob er sich deswegen nicht um einen anderen Wahlkreis bewerben sollte⁷⁴. Ein Schreiben Försters an das Direktorium in Hannover, in dem er bat, einen Kandidaten aufzustellen, der dem Zentrum als Hospitant beitreten werde, blieb unberücksichtigt⁷⁵. Die Hildesheimer Zentrumsleitung versuchte, Vereinbarungen mit anderen Parteien zu erreichen. Für eine Koalition schienen sich im Wahlkreis X die Vertreter des „Bundes der Landwirte“ anzubieten. Der Bund der Landwirte war 1893 als Reaktion auf die Handelsvertragspolitik des Reichskanzlers Caprivi entstanden⁷⁶. Er war vor allem eine



Hermann Freiherr von Hodenberg:
Abgeordneter des Hildesheimer Wahlkreises 1893—1903
Foto: privat

Interessenvertretung des größeren Grundbesitzes Ost- und Mitteldeutschlands und forderte unter massivem Einsatz propagandistischer Mittel hohe Schutzzölle und steuerpolitische Begünstigungen für die Landwirtschaft. Er trat in eine enge Allianz mit der Deutsch-konservativen Partei, nahm entscheidenden Einfluß auf ihre Führung und betrieb ihre Entwicklung zu einer agrarischen Interessenpartei.

Im Hildesheimer Wahlkreis begann der Bund der Landwirte verstärkt ab 1895 eine eigene Organisation aufzubauen und über das gut ausgebildete landwirtschaftliche Vereinswesen auf die Bevölkerung einzuwirken⁷⁷. Anklang fand er vor allem in protestantischen Gegenden mit einem starken Großbauerntum; der Kreis Gronau bildete einen Stützpunkt der Bewe-

72 HZ, 21. Juni 1893, Nr. 140.

73 NHAH, Hann. 122 a, XI, 65 b. Freiherr v. Hodenberg, Ribbesbüttel, Bl. 103 ff.

74 NHAH, Dep. 103, VIII, C 85. Reden an Wense, 6. Juni 1897.

75 Vgl. HZ, 1. Apr. 1903, Nr. 107.

76 Über den Bund der Landwirte: H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893—1914), Hannover 1967; für die Provinz Hannover: Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 294 ff.

77 Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 227 f.

gung. Ein Zusammengehen von Zentrum und Bund scheiterte 1898 hauptsächlich an der Frage des Kandidaten. Das Wahlkomitee des Zentrums bestand auf der Kandidatur Bauermeisters, der als Landwirt selbst Mitglied des Bundes war. Der Bund lehnte Bauermeister wegen seiner katholischen Konfession ab. Die Bündler schlugen den Hofbesitzer Heinrich Feldmann aus Wartjenstedt vor, der allerdings als ehemaliger Nationalliberaler und damit früherer „Vertrauensmann der Partei der Kulturkämpfer“ dem Zentrum nicht annehmbar erschien⁷⁸. Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen grenzte sich das Zentrum besonders scharf gegen den Bund der Landwirte ab, weil es befürchtete, auch katholische Wähler an ihn verlieren zu können. Dem Bund wurde der Vorwurf gemacht, eine rein wirtschaftliche Partei zu sein, die das ganze politische Leben materialisieren und einen Kampf aller Erwerbsklassen gegen alle heraufbeschwören würde⁷⁹.

Erst die Unmöglichkeit, mit einem eigenen Kandidaten bei anderen politischen Gruppierungen Resonanz zu finden, veranlaßte die Hildesheimer Zentrumsführung zu einem „Akt der Selbstüberwindung“; sie schlug der Vertrauensmännerversammlung als das „kleinere Übel“ erneut Hodenberg vor, den man zwar nicht auf den Beitritt zum Zentrum verpflichten konnte, der aber eine befriedigende schriftliche Erklärung über seine Stellung zu kirchen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzen abgab⁸⁰.

Der erneute Wahlsieg Hodenbergs war dem Umstand zu verdanken, daß der Bund der Landwirte (5499 = 22,8 %) einen großen Teil der Wähler der Nationalliberalen Partei (4281 = 17,7 %) zu sich herüberzog; die Kandidaten beider Parteien erreichten aber nur den dritten und vierten Platz. In der Stichwahl mußte der welfisch-katholische Kandidat im Wahlkreis X zum ersten Mal gegen einen Sozialdemokraten antreten⁸¹. Die geschlagenen Parteien, die Nationalliberalen und die Bündler, sahen in einem sozialdemokratischen Sieg eine größere Gefahr und empfahlen deshalb ihren Wählern, im zweiten Wahlgang Hodenberg zu unterstützen. Auf Hodenberg entfielen fast 67 Prozent (14570) der Stimmen^{81a}.

4. Die Wahlbündnisse des Zentrums mit den Konservativen (1903–1912)

Die Reichstagswahl von 1903 brachte den endgültigen Bruch der Koalition von Zentrum und Welfenpartei

in Hildesheim. Dabei spielte die Person des Kandidaten Hodenberg, an dem die DHP festhalten wollte, eigentlich eine untergeordnete Rolle; sie diente dem Zentrum als Rechtfertigung für den Bruch. In der Öffentlichkeit gab die Hildesheimer Zentrumsleitung die gleichen Gründe für die Ablehnung Hodenbergs an, die auch schon 1898 gegen ihn vorgebracht worden waren. Man warf ihm seine Weigerung, Hospitant zu werden, und sein von der Zentrumsmehrheit abweichendes Abstimmungsverhalten im Reichstag vor; diese Abweichungen betrafen die vom Zentrum unterstützten Marine- und Heeresvorlagen sowie die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Aber auch bei kirchen- und kulturpolitischen Anträgen des Zentrums hatte man sich nicht auf Hodenbergs Unterstützung verlassen können; so fehlte er bei der Abstimmung über den Toleranzantrag, mit dem das Zentrum vor allem gesetzliche Diskriminierungen der Katholiken im Reich abschaffen wollte⁸². Außerdem lehnte man Hodenberg als Vertreter der junghannoverschen Richtung ab⁸³.

Alle diese Vorwürfe deuteten die eigentlichen Gründe für seine Ablehnung und die Trennung von den Welfen nur an. Die wahren Gründe lagen vor allem in der Befürchtung, daß man in der Koalition mit der DHP gegen die eigene Überzeugung den politischen Zielen der Welfen diene, die man als unrealistisch verwarf. Außerdem war es für das Hildesheimer Zentrum unerträglich, daß ihm als größerer Partei der Kandidat vom kleineren Partner aufoktroziert wurde und daß Hodenberg „die ganze Centrums Leitung völlig ignoriert und sich so stellt, als wäre thatsächlich der ganze Wahlkreis ein welfischer“^{83a}.

78 HZ, 28. Apr. 1898, Nr. 96; 14. Juni 1898, Nr. 133; 15. Juni 1898, Nr. 134.

79 HZ, 12. Apr. 1898, Nr. 82.

80 Wie Anm. 75; Kölnische Volkszeitung, 17. Febr. 1898, Nr. 122.

81 Rauch: 6800 (28,2 %); Hodenberg: 7063 (29,3 %).

81a Vgl. HZ, 25. Juni 1898, Nr. 143.

82 Vgl. K. Bachem (wie Anm. 36), Bd. 6, 1929, S. 101 ff.

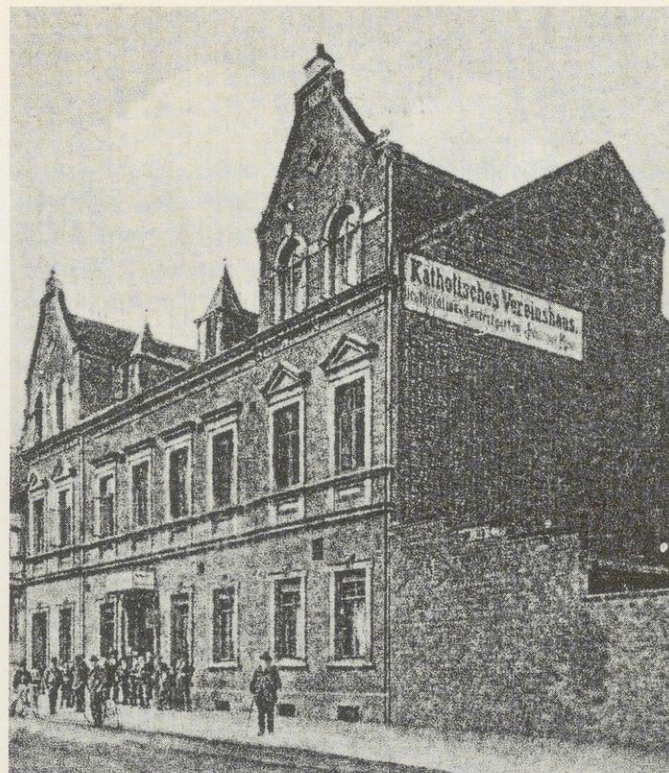
83 Vgl. bes. Kölnische Volkszeitung, 3. März 1903, Nr. 195. HZ, Flugblatt „Der Wahrheit die Ehre“. Weitere Vorwürfe gegen Hodenberg, die z. B. seine Stellung zum Jesuitengesetz betrafen, mußten im Laufe des Wahlkampfes fallengelassen werden.

83a Historisches Archiv der Stadt Köln (Abk.: StA Köln), Dep. 1006, 196. Förster an Engelen, 7. Juli 1902.

Die Aufstellung eines Kandidaten aus den eigenen Reihen, die das Zentrum schon früher beabsichtigt und zeitweise durchgesetzt hatte, wurde vor den Reichstagswahlen 1903 auch von den preußischen Behörden gefördert. Der Hildesheimer Regierungspräsident von Philippsborn stellte in mehreren vertraulichen Gesprächen mit dem Justizrat Förster, deren Hauptgegenstand das katholische Schulwesen Hildesheims war, seine Unterstützung in Aussicht, wenn vom Zentrum kein Welfe als Kandidat aufgestellt würde. Förster schien es, als wenn der Regierungspräsident den Auftrag habe, „bei den nächsten Wahlen den Welfen auf alle Fälle zu beseitigen“⁸⁴. Gleichsam als Gegenleistung konnte die Berücksichtigung der Wünsche Philippsborns einen günstigen Einfluß auf die Haltung der Regierung gegenüber Kirchen- und Schulangelegenheiten ausüben⁸⁵.

Als möglichen Zentrumskandidaten faßte man in Hildesheim den Amtsgerichtsrat in Osnabrück, Carl Friedrich Engelen, ins Auge, der sich als Neffe Windthorst's, als „Gutsbesitzer, Richter und völlig unabhängiger Mann“ besonders zu eignen schien⁸⁶. Obwohl Engelen gern eine parlamentarische Tätigkeit übernommen hätte, hatte er wegen der Hildesheimer Kandidatur Bedenken, die sowohl in dem ungewissen Wahlausgang als auch in der Furcht vor einer Verschlechterung des Verhältnisses von Zentrum und Welfen in anderen Wahlkreisen begründet lagen⁸⁷.

Engelen bat Karl Bachem um Rat, der dem Vorstand der Zentrumsfraktion im Reichstag angehörte und eine der führenden Persönlichkeiten der Deutschen Zentrumsparlei war. Die Antwort Bachems gab die Stellung wieder, die die Berliner Zentrumsleitung zu den Hildesheimer Vorgängen einnahm⁸⁸. Bachem riet Engelen von der Annahme der Kandidatur ab. Er äußerte sein Befremden darüber, daß die Wahlangelegenheiten des Zentrums mit dem Hildesheimer Regierungspräsidenten besprochen worden waren; er lehnte jegliche Unterstützung von Seiten der Regierung ab, weil sie die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Politik der Partei gefährde. Obwohl Bachem zugeben mußte, daß Hodenberg häufig eigene Wege ging und in Berlin manchmal recht unbequem war, trat er dennoch für seine Kandidatur ein. Einmal zählte er Hodenberg zu den wenigen Protestanten, die als gläubige Christen mit dem Zentrum in der Verteidigung der kirchlichen Freiheit zusammengingen und in der Wahrung einer echten konfessionellen Parität sich durch „die heutigen vielfachen Hetzereien gegen den



Ort der Wahlversammlungen des Centrums Hildesheim für den Wahlkreis X ab 1890

Foto: Bistumsarchiv, Abt. Bildarchiv

Katholicismus in Deutschland“ nicht beirren ließen. Außerdem trete Hodenberg als Sprecher der nicht mit dem Zentrum als Hospitanten verbundenen welfischen Abgeordneten im Reichstag auf; wenn er unter Mitwirkung des Zentrums das Mandat verlieren würde, wirke sich dies auf die ganze welfische Gruppe aus; kein Welfe würde sich dann mehr dem Zentrum als Hospitant anschließen. „Das würde, heute noch mehr wie früher, ein sehr großer Schaden sein, nicht nur für die Fraction des Centrums, sondern auch für die ganze kath. Sache in Deutschland.“ Wenn Bachem auch die spezifisch politische Zielsetzung der Welfen, die Wiederherstellung Hannovers, für einen Anachronismus hielt, maß er den Welfen für das Zen-

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ So führte Kornacker in einer Wahlrede ziemlich deutlich aus: „In der Diaspora sind ferner die Katholiken besonders in Kirchen- und Schulsachen auf das Wohlwollen der Regierung angewiesen, sollen sie dieses leichtsinnig aufs Spiel setzen, indem sie ohne Noth einen der schärfsten Gegner der Regierung wählen, dessen politischen Standpunkt sie noch nicht einmal theilen?!“ (HZ, 18. Mai 1903, Nr. 171).

⁸⁶ Wie Anm. 83a.

⁸⁷ StA Köln, Dep. 1006, 196. Engelen an Bachem, 16. Juli 1902.

⁸⁸ Ebenda, Bachem an Engelen, 4. Aug. 1902.

trum prinzipielle Bedeutung zu, weil sie als strenggläubige Protestanten die Katholiken nicht befehdeten, sondern mit ihnen für ein gutes Einvernehmen der Konfessionen untereinander wirkten. Dieses Zusammengehen von Protestanten und Katholiken im politischen Bereich konnte die Vorform einer überkonfessionellen Partei sein, deren Bildung ein altes Ziel des Zentrums war. Der Hildesheimer Zentrumsleitung riet Bachem, die alte Tradition des Zentrums zu berücksichtigen, indem man die eigenen Ziele ohne Rücksicht auf die Gunst der Regierung verfolge und an „der Solidarität der christlichen Interessen“ bei Katholiken und gläubigen Protestanten auf politischem Gebiet festhalte. Engelen teilte Bachems Standpunkt und lehnte die Hildesheimer Kandidatur ab⁸⁹. Er wurde mit Unterstützung Bachems daraufhin im hannoverschen Wahlkreis III (Meppen-Lingen-Bentheim), dem früheren Wahlbezirk Windthorsts, aufgestellt, den er 1903 gewann⁹⁰.

Obwohl aus prinzipiellen Erwägungen heraus sowohl Bachem als auch der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Alfred Graf von Hompesch, zugunsten Hodenbergs oder eines anderen welfischen Kandidaten auf die Zentrumsführung in Hildesheim einzuwirken versuchten und dabei auch die „Kölnische Volkszeitung“, eines der größten und bedeutendsten Zentrumsblätter, eingesetzt wurde⁹¹, blieb es in Hildesheim bei der Auflösung des Bündnisses. Die Hildesheimer Zentrumsleitung brachte damit deutlich zum Ausdruck, daß die Wahlkreisorganisationen der Partei bei der Aufstellung eines Kandidaten vom Vorstand der Zentrumsfraktion im Reichstag, in dem man die Führung der Gesamtpartei sehen konnte, unabhängig waren. In Berlin wurde die Selbständigkeit der Wahlkreise im allgemeinen auch beachtet.

Nach Engelen's Ablehnung fand das Hildesheimer Zentrumskomitee in dem katholischen Amtsrat Koch in Poppenburg einen neuen Kandidaten; jedoch verzichtete Koch auf seine Kandidatur, als ein Wahlbündnis zwischen dem Zentrum und dem Bund der Landwirte an seiner Person zu scheitern drohte. Die Wahlen von 1898 hatten dem Bund der Landwirte gezeigt, daß er im Wahlkreis X allein zu schwach war, um seinen Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Eine Verbindung mit den Sozialdemokraten schloß sich von vornherein aus, weil der Bund in ihnen seinen eigentlichen „gesellschaftlichen und politischen Gegenpart“ sah⁹². Mit den Nationalliberalen war es

in der Provinz bereits 1898 endgültig zum Bruch gekommen, so daß nur eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum möglich war, das „kein konkret festgelegtes wirtschaftspolitisches Programm (hatte), das den Interessen der Agrarier entgegengesetzt gewesen wäre“⁹³.

Als gemeinsamer Kandidat wurde vom Bund Bauernmeister vorgeschlagen, der bereits 1891/92 für die Welfen-Zentrums-Koalition kandidiert hatte. Die Hildesheimer Zentrumsleitung nahm den Vorschlag erst nach einigem Zögern an, weil man jetzt befürchtete, Bauernmeisters Mitgliedschaft im Bund der Landwirte könne bei den Arbeitern Anstoß erregen⁹⁴. Da Bauernmeister aber versicherte, er werde der Zentrumsfraktion beitreten und sein Mandat niederlegen, falls er aus irgendeinem Grunde der Fraktion nicht mehr angehören könne, konnte im Wahlkampf der Behauptung entgegengetreten werden, er sei dem Zentrum von den Bündlern aufgedrängt worden. Nach der Entscheidung des Zentrums für Bauernmeister hatte ein welfisches Kompromißangebot „in letzter Stunde“ keine Aussicht auf Erfolg mehr. Hodenberg war bereit, auf seine Kandidatur zu verzichten; an seiner Stelle schlugen die Welfen Freiherrn von Hake-Ohr, einen Neffen des gemeinsamen Kandidaten von 1890, vor, von dem man glaubte, daß er „politisch nicht so verdächtig“ wie Hodenberg sei⁹⁵. In einer Versammlung des Zentrums, die von fast 500 Vertrauensmännern besucht wurde, entschied man sich mit großer Mehrheit für Bauernmeister⁹⁶.

89 Ebenda, Engelen an Bachem, 17. Aug. 1902.

90 Ebenda, verschiedene Korrespondenzen.

91 Diese Einwirkung durch Hompesch und Bachem wurde während des Wahlkampfes von den Hildesheimer Leitern der Partei geleugnet. Aber beide Zentrumspolitiker bestätigen, daß sie sich in dieser Angelegenheit mehrmals nach Hildesheim gewandt haben (vgl. StA Köln, Dep. 1006, 249. Pro.not., 23. Mai 1906; NHAH, VVP 17, 2391; aus einem Brief Hompeschs, 23. Mai 1903). Auch gegenüber Hodenberg soll Hompesch erklärt haben, daß der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages das Vorgehen des Hildesheimer Zentrumskomitees bedauere und die Kölnische Volkszeitung die Auffassung des Vorstandes wiedergebe (Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 23. Mai 1903; Hodenberg an die Redaktion der Hildesheimschen Zeitung, 16. Mai 1903).

92 Puhle (wie Anm. 76), S. 185.

93 Ebenda, S. 190.

94 Vgl. HZ, 8. Juni 1903, Nr. 196.

95 NHAH, Dep. 103, VIII, C 97 I. Schele an Wense, 26. Febr. 1903; VVP 17, 2391. Hodenberg an Hompesch, 27. Febr. 1903.

96 Die Versammlung fand am 1. März 1903 statt (HZ, 2. März 1903, Nr. 61).

Der Bruch der Koalition, für den man sich gegenseitig verantwortlich machte, war ein beherrschendes Wahlkampfthema bei den Welfen und der Zentrumspar-
 tei. Das Ergebnis der Wahl schien jedoch die Vorgehensweise des Zentrums zu rechtfertigen. Während auf Bauermeister 32 Prozent (8873) entfielen und er nach dem sozialdemokratischen Kandidaten Rauch (9023 = 32,7 %) den zweiten Platz belegte, erhielt Hodenberg nur 6 Prozent (1671) der Stimmen. Damit wurde die Schwäche der deutschhannoverschen Wählerschaft im Hildesheimer Wahlkreis offenbar, die auch die welfische Parteileitung in Hannover überraschte⁹⁷; die Notwendigkeit, daß das Zentrum sich nach einem stärkeren Verbündeten umschaute, war besonders deutlich hervorgetreten. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Reichstagswahl von 1898 hätte man allerdings einen höheren Stimmenanteil für den Kandidaten des Zentrums und des Bundes erwarten können. Die Abneigung gegen den katholischen Kandidaten trug wahrscheinlich zu diesem Stimmenverlust bei, der den Nationalliberalen wieder zugute kam (7973 = 29 %) ⁹⁸. In der Stichwahl hing der Sieg in erster Linie von der Entscheidung nationalliberaler Wähler ab. Die Vertrauensmännerversammlung der Nationalliberalen erklärte in einer Resolution, daß sie den „nationalen Grundsätzen getreu die Wahl eines Sozialdemokraten nicht empfehlen“ könne, aber auch „in der Zunahme des Centrums eine Gefahr für unser Vaterland“ sehe; deshalb überließ sie die Entscheidung in der Stichwahl der eigenen gewissenhaften Prüfung ihrer Wähler⁹⁹. Die Mehrheit der nationalliberalen Wähler blieb daraufhin der Wahl fern; der Rest entschied sich entweder für Rauch oder Bauermeister. Der Zentrumskandidat erhielt in der Stichwahl wohl auch die Stimmen der welfischen Wähler und siegte mit 53 Prozent (12251).

Der Bruch zwischen Zentrum und Welfen war nicht ein Ereignis, das auf den Hildesheimer Wahlkreis beschränkt war. Bei den Wahlen von 1903 war es auch in den Wahlkreisen Hannover-Linden (VIII), Northeim-Einbeck (XI), Goslar (XIII) und Celle-Gifhorn (XIV) zur Aufstellung eigener Zentrumskandidaten gekommen¹⁰⁰. Da diese Nominierungen wegen der geringen Anzahl der in diesen Wahlkreisen lebenden Katholiken reine Zählkandidaturen darstellten, war das Vorgehen der Katholiken weniger wahltaktisch begründet, sondern es war ein Ausdruck für das sich aufgrund der zunehmenden nationalen Ausrichtung des Zentrums verschlechternde Verhältnis beider Parteien in der Provinz. Bedeutendere Auswirkungen hatte der

Bruch der alten Koalition für die Welfen nur im Osnabrücker Wahlkreis (IV). Dieser Wahlbezirk wies ähnliche Gegebenheiten wie der Hildesheimer auf. Allerdings war in Osnabrück die Zentrumsanhängerschaft so stark, daß ihr Kandidat ohne Wahlbündnisse in die Stichwahl gelangte. Hier wurde bei den Reichstagswahlen von 1907 das alte Bündnis aufgehoben^{100a}.

Diesen Wahlen ging eine vorzeitige Reichstagsauflösung voraus; sie war durch eine vom Zentrum herbeigeführte Abstimmungsniederlage der Reichsleitung in der Kolonialfrage veranlaßt worden. Der Reichskanzler selbst hatte als Wahlparole den Kampf für die Ehre der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und das Zentrum herausgegeben und damit zum Wahlbündnis der nationalen Parteien, der Konservativen und der Nationalliberalen, aufgefordert¹⁰¹. Der Zusammenschluß dieser Parteien wurde als Bülow-Block bezeichnet. Da frühere Wahlen nach Parlamentsauflösungen, die unter massiver Beeinflussung von seiten der Regierung standen, zugunsten der nationalen Parteien ausgefallen waren, mußte es ein besonderes Anliegen des Zentrums sein, den Gegnern möglichst wenig Angriffspunkte zu bieten. Die Hildesheimer Zentrumsleitung hielt es deshalb für notwendig, keinen katholischen Zentrumskandidaten aufzustellen, nachdem Bauermeister eine erneute Kandidatur abgelehnt hatte¹⁰². Sie sprach sich auch gegen den Landtagsabgeordneten des Zentrums, Amtsgerichtsrat Reinhard aus Melle, aus, der ihr vom hannoverschen Direktorium der DHP genannt wurde¹⁰³; das Direktorium wollte mit diesem Vorschlag die alte Koalition erneuern. Das Zentrum setzte die Tradition von 1903 fort und verbündete sich erneut mit dem Bund der Landwirte¹⁰⁴. Damit kam im Wahlkreis Hildesheim der Bülow-Block nicht zustan-

97 NHAH, Dep. 103, VIII, C 97 I. Schele an Wense, 22. Juni 1903.

98 Vgl. Wichard (wie Anm. 6), S. 73 f.

99 HZ, 22. Juni 1903, Nr. 210.

100 Leinert (wie Anm. 3), S. 28 f., 34 f., 38 ff.

100a Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 204 ff.

101 Vgl. Huber (wie Anm. 2), Bd. 4, 1969, S. 293 f.

102 Vgl. HZ, 31. Dez. 1906, Nr. 619.

103 NHAH, Dep. 103, VIII, C 97 II. 26. Jan. 1907, Schele an Wense; HZ, 17. Jan. 1907, Nr. 29.

104 Verhandlungen zwischen dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen waren an der Kandidatenfrage gescheitert (HZ, 5. Jan. 1907, Nr. 7).

de. Zentrum und Bündler einigten sich auf den Hofbesitzer Feldmann, Wartjenstedt¹⁰⁵, der bereits 1898 Kandidat des Bundes gewesen und damals vom Zentrum heftig bekämpft worden war¹⁰⁶. Wenn jetzt das Zentrum dieser Kandidatur zustimmte, was offiziell auf einer Vertrauensmännerversammlung am 30. Dezember 1906 geschah, lag dies nicht nur in der für die Partei ungünstigen Gesamtsituation begründet; möglicherweise ging die Zustimmung insofern schon auf Absprachen aus dem Jahre 1903 zurück, als nach der Aufstellung des Zentrums kandidaten Bauermeister die Unterstützung eines bündlerischen Kandidaten bei der nächsten Wahl in Aussicht gestellt worden war¹⁰⁷.

Im Wahlkampf stellte das Zentrum Feldmann als „christlich-konservativen“ Kandidaten heraus, der neben der Wahrnehmung der Interessen der Landwirtschaft und des Mittelstandes für die Erhaltung des gefährdeten allgemeinen und gleichen Wahlrechts sowie für den Ausbau der Sozialgesetzgebung eintreten werde¹⁰⁸. Um eine Stimmenzersplitterung zu vermeiden und um den sozialdemokratischen und nationalliberalen Kandidaturen nicht Vorschub zu leisten, forderte es die Hildesheimer Welfen auf, sich Feldmann anzuschließen. Die Deutschhannoveraner stellten jedoch in dem katholischen Steinbruchbesitzer Weiterer aus Groß-Gießen einen eigenen Bewerber auf¹⁰⁹. Weiterer gab sich als Kandidat der DHP und des Zentrums aus, ohne daß es ihm gelang, in die Zentrums-wählerschaft einzubrechen. Die Wahlen bestätigten erneut, daß der Welfe eine reine Zählkandidatur war. Weiterer erhielt nur 2,2 Prozent (666).

Der Wahlausgang im Hildesheimer Wahlkreis spiegelte insofern das Ergebnis im Reich wider, als die Nationalliberalen im Vergleich zu 1903 große Stimmen-gewinne erzielten (10410 = 33,5 %), während die Sozialdemokraten absolut auch einige Stimmen gewannen, aber wegen der hohen Wahlbeteiligung (87,4 %) relative Verluste einstecken mußten (9109 = 29,3 %). Feldmann gewann relativ und absolut an Stimmen (10829 = 34,9 %) und belegte den ersten Platz. In der Stichwahl erklärten sich die Parteileitungen der Welfen und der Sozialdemokraten trotz ihrer Gegnerschaft zum Zentrum und zum Bund der Landwirte gegen den Blockkandidaten und für Feldmann, weil er eindeutige Erklärungen zugunsten der Aufrechterhaltung des Wahlrechtes und der Koalitionsfreiheit sowie gegen Ausnahme-gesetze abgegeben hatte¹¹⁰. Den

Ausschlag für Feldmanns Sieg gaben die sozialdemokratischen Wähler, die in ihrer Mehrheit der Parole ihrer Partei folgten. Feldmann erhielt 53,1 Prozent (15937) und schloß sich im Reichstag der Deutsch-konservativen Partei an.

Die letzte Wahl zum Reichstag im Kaiserreich fand 1912 statt. Wie andere Parteien hatte auch das Zentrum seine Provinzialorganisation in Hannover ausgebaut. Für die ganze Provinz bildete sich vor der Wahl ein „Provinzial-Ausschuß der hannoverschen Zentrums-partei“, dem Vertreter der einzelnen Wahlkreisorganisationen angehörten. Beim Vorstand dieses Ausschusses lag die Leitung der Angelegenheiten der Partei auf der Provinzebene; seine Aufgabe bestand u. a. darin, mit anderen Parteien der Provinz über gegenseitige Wahlhilfen und Stichwahlparolen zu verhandeln. Vom Hildesheimer Zentrum waren Förster und Kornacker Mitglieder des Vorstandes¹¹¹.

Im September 1911 schloß diese provinziale Zentrumsleitung mit dem Direktorium der DHP ein Wahlabkommen ab. Man einigte sich u. a. darauf, daß in den Wahlkreisen IV (Osnabrück), VIII (Hannover) und X (Hildesheim) beide Parteien eigene Kandidaten aufstellten und gegenseitige Störungen der Versammlungen sowie unsachliche Pressepolemiken vermieden werden sollten¹¹². Aufgrund dieses

105 Heinrich Feldmann, geb. 29. Jan. 1847 Wartjenstedt; gest. 25. Apr. 1928 Wartjenstedt.

106 S. o. S. 100.

107 So Ehrenfeuchter (wie Anm. 3), S. 231.

108 Wie Anm. 102; Flugblatt „Zentrums-wähler des 10. Hannoverschen Wahlkreises“.

109 HZ, 14. Jan. 1907, Nr. 23; 24. Jan. 1907, Nr. 41.

110 HZ, 6. Febr. 1907, Nr. 62.

111 Weitere Mitglieder des Vorstandes waren: Amtsgerichtsrat v. d. Hagen, Berlin; Freiherr von Böselager, Eggermühlen b. Ankum; Amtsgerichtsrat Reinhard, Melle; Amtsgerichtsrat Engelen, Osnabrück; Redakteur Dr. Fromm, Osnabrück; Gärtner L. Meyer, Osnabrück; Kaufmann Surkemper, Hannover; Justizrat Holling, Meppen; Justizrat Niemann, Lingen; Kaufmann Werner, Duderstadt (vgl. Wahlaufuf in HZ, 23. Dez. 1911, Nr. 294).

112 NHAH, Dep. 103, VIII, C 107. Schele, Die Deutsch-Hannoversche Partei und das Centrum in Hannover, Juli 1913. Außerdem sollten im Wahlkreis III (Meppen) die Anhänger der DHP für den Zentrums-kandidaten stimmen; in Osnabrück sollte die Stichwahlparole ebenfalls für den Vertreter des Zentrums ausgegeben werden. In den übrigen, nicht aufgeführten Wahlbezirken sollte die Aufforderung an die Zentrumsanhänger gehen, für den DHP-Kandidaten zu stimmen.

Abkommens nominierten die Welfen im Hildesheimer Wahlbezirk den Obersten a. D. Diebitsch. Das Zentrum setzte sein bisheriges Wahlbündnis mit dem Bund der Landwirte und den ihm verbundenen Konservativen fort, mit denen man die Grundüberzeugung teilte, den „christlichen Charakter des Staatswesens“ und die Existenz der christlichen Schule gegen Liberale und Sozialdemokraten schützen zu müssen¹¹³.

Dieses Bündnis entsprach den allgemeinen wahlpolitischen Richtlinien, die von den Reichsleitungen der konservativen Parteien und des Zentrums festgelegt worden waren. Nach dem Scheitern des Bülow-Blockes war es im Reichstag zu einem Zusammengehen von Zentrum und Konservativen gekommen, die die Mehrheit besaßen und die notwendige Reichsfinanzreform von 1909 zustande brachten. Im Wahlkampf von 1911/12 waren Konservative und Zentrum dem konzentrischen Angriff von Liberalen und Sozialdemokraten ausgesetzt, deren wichtigstes Wahlziel in der Zerstörung des „schwarz-blauen Blockes“ zu bestehen schien.

Auf einer großen Versammlung von Zentrumsabgeordneten aus dem Reichstag und den Ländervertretungen sowie Vertretern der im Augustinusverein zusammengeschlossenen Zentrumspreste war auf Antrag Julius Bachems einmütig beschlossen worden, „falsche Stichwahlen“ zu vermeiden. Man wollte verhindern, daß Kandidaten der Zentrumsparlei in Stichwahlen kämen, in denen sie nach Lage der Verhältnisse der betreffenden Wahlkreise nicht durchdringen konnten und deshalb den Sieg der Linken herbeiführen würden; unter diesen Umständen glaubte man, der Zentrumsache besser zu dienen, wenn man auf eigene Zentrums-kandidaten verzichtete und wenn die rechtsstehenden Kandidaten in die Stichwahl gelangten¹¹⁴.

Das Hildesheimer Zentrum befolgte diese Richtlinie. Obwohl man nach der Entscheidung von 1907 für den Protestanten Feldmann jetzt wieder einen katholischen Kandidaten hätte erwarten können, stimmte man dem von den Konservativen vorgeschlagenen protestantischen Kandidaten Zürn zu, der Generalsekretär des landwirtschaftlichen Hauptvereins für das Fürstentum Hildesheim war¹¹⁵. Von prominenten Vertretern des Zentrums wie Matthias Erzberger und Karl Bachem, die während des Wahlkampfes auf Parteiveranstaltungen in Hildesheim auftraten, wurde

diese Entscheidung gebilligt¹¹⁶. Auch in Berlin mußte man erkennen, daß im Hildesheimer Wahlkreis für das Zentrum größere Vorteile im Zusammengehen mit den Konservativen als mit den Welfen bestanden. Während auf den Welfen Diebitsch in der Wahl nur 2,6 Prozent (863) entfielen, gelang Zürn der Sprung in die Stichwahl (10732 = 32,2 %), die er mit dem Sozialdemokraten Rauch (11403 = 34,3 %) austragen mußte¹¹⁷.

Die Wahlentscheidung lag bei den nationalliberalen Wählern, deren Kandidat Gildemeister den dritten Platz (10238 = 30,8 %) erreicht hatte. 1903 hatte die sozialdemokratische Gegenkandidatur zum Sieg des Kandidaten des Zentrums und der Konservativen beigetragen, weil die meisten nationalliberalen Wähler dem Vertreter der „Umsturzparlei“ ihre Stimme nicht geben wollten. 1912 wirkte sich diese Zurückhaltung gegenüber der Sozialdemokratie nicht mehr aus. Der Vorstand der Nationalliberalen Partei in Hildesheim beschloß einstimmig, für Zürn einzutreten, falls die Konservativen, vertreten durch die „Konservative Vereinigung für die Provinz Hannover“, erklärten, die Parole für den nationalliberalen Kandidaten in elf hannoverschen Wahlkreisen auszugeben, wo dieser in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten oder Welfen stand¹¹⁸. Die Konservativen wollten nur für fünf bis sechs Wahlkreise eine derartige Verpflichtung übernehmen. Diese Tatsache trug dazu bei, daß die nationalliberale Vertrauensmännerversammlung in Hildesheim zwei Tage vor der Stichwahl beschloß, sich nicht für Zürn einzusetzen und den Wählern freie Hand zu lassen¹¹⁹. Dieser Beschluß, der den Rücktritt des Vorsitzenden der Partei in Hildesheim, von Campe, veranlaßte, hatte zur Folge, daß die nationalliberale Wählerschaft sich in der Stichwahl spaltete und mehrheitlich für Rauch stimmte. Besonders in der Stadt Hildesheim und in den industriell geprägten Gemeinden neigten die Nationalliberalen mehr zur Unterstützung des sozialdemokratischen

113 HZ, 11. Sept. 1911, Nr. 207.

114 J. Bertram, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912, Düsseldorf 1964, S. 42 ff.

115 Wie Anm. 113. Zürn war nicht katholisch, wie Wichard meint (Wichard, wie Anm. 6, S. 75).

116 HZ, 4. Dez. 1911, Nr. 277; 5. Dez. 1911, Nr. 278; 10. Jan. 1912, Nr. 8.

117 HZ, 17. Jan. 1912, Nr. 14.

118 HZ, 19. Jan. 1912, Nr. 16.

119 HZ, 25. Jan. 1912, Nr. 21.

Kandidaten¹²⁰. Mit dieser Hilfe gewann 1912 zum ersten Mal ein Sozialdemokrat den Hildesheimer Wahlkreis (15670 = 51,4%)¹²¹. Konfessionell bedingte Abneigung gegen den vom Zentrum unterstützten Kandidaten, seine Charakterisierung als Vertreter des „Überagrariertums“, Bekämpfung des „schwarz-blauen Blocks“, aber auch Abnahme der Furcht vor der Partei des „Umsturzes“ trugen zur Niederlage Zürns bei und veranlaßten nationalliberale Wähler zu ihrer Entscheidung für Rauch.

Unter völlig gewandelten Verhältnissen kam es nach dem Ersten Weltkrieg noch einmal zu einem Zusammengehen von Zentrum und Welfen. Bei der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung 1919 stellten die Deutsch-hannoversche Partei und die Zentrumsparlei für den Wahlkreis 16, der die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg sowie das ehemalige Herzogtum Braunschweig und damit den alten Hildesheimer Wahlkreis umfaßte, eine gemeinsame Wahlliste auf, die von dem Deutschhannoveraner Ludwig Alpers und dem Zentrumsmann Lorenz Blank angeführt wurde¹²². Die Furcht vor einer sozialdemokratischen Mehrheit im Parlament veranlaßte diesen Zusammenschluß. Jedoch schon zur Reichstagswahl von 1920 gingen beide Parteien wieder getrennt vor; die DHP war bestrebt, sich stärker als Landesparlei zu

profilieren und ihr wichtigstes politisches Ziel, die Lostrennung Hannovers von Preußen, deutlicher zu vertreten¹²³.

Auch in der Weimarer Zeit konnte sich das Zentrum auf einen festen Wählerstamm stützen; die Mehrheit der Katholiken hielt weiterhin zu ihm, so daß es in der Stadt Hildesheim ca. 18 Prozent, im Kreis Hildesheim-Marienburg knapp ein Viertel der Stimmen auf sich vereinte¹²⁴. Dagegen ging in diesem Zeitraum der welfische Stimmenanteil deutlich zurück¹²⁵; gegen Ende der Weimarer Zeit wanderte ein Teil der DHP-Wähler zu den Nationalsozialisten ab, während sich der Stamm der Zentrumsähler, wie allgemein im Reich, erstaunlich widerstandsfähig gegenüber der nationalsozialistischen Wahlpropaganda zeigte.

120 Wichard (wie Anm. 6), S. 77, 82.

121 Ebenda, Tabelle A 1.

122 Hannoversche Volkszeitung, 4. Jan. 1919, Nr. 3.

123 Vgl. Prilop (wie Anm. 3), S. 302.

124 Franz (wie Anm. 3), S. 104, 148, 150, 158. Im Kreis Alfeld erhielt es wegen der geringen Anzahl von Katholiken nur knapp 4 Prozent.

125 Stadt Hildesheim: 1920: 2,8 %; 1933: 0,5 %. Kreis Hildesheim: 1920: 8,1 %; 1933: 1,9 %. Kreis Alfeld: 1920: 14,8 %; 1933: 1,5 % (ebenda).